

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 37/2001

Berlin

13. September 2001

68. Jahrgang

Öffentliche Haushalte 2001/2002: Rückläufige Investitionen dämpfen steuerliche Impulse

Mit Blick auf die Anforderungen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion waren Bund, Länder und Gemeinden seit Mitte der 90er Jahre bestrebt, ihre Finanzierungsdefizite merklich zu verringern. Trotz teilweise ungünstiger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist ihnen dies gelungen; die Haushaltsfehlbeträge wurden von 120 Mrd. DM (1997) auf 62 Mrd. DM (2000) zurückgeführt.¹ Nicht zuletzt infolge der jüngsten Steuersenkungen — Unternehmen und private Haushalte werden um 45 Mrd. DM entlastet — wird das Defizit der Gebietskörperschaften in diesem Jahr wieder in die Höhe schießen, nach der hier vorgelegten Schätzung auf reichlich 80 Mrd. DM. Die Steuerausfälle werden etwa zur Hälfte durch Einsparungen auf der Ausgabenseite „finanziert“. Insbesondere auf kommunaler Ebene zeigt sich als Folge der konjunktur- und reformbedingten Steuerausfälle ein dramatischer Rückgang der Investitionen. Im kommenden Jahr dürfte das Defizit mit knapp 70 Mrd. DM merklich geringer ausfallen, da der Sparkurs fortgesetzt wird und keine weiteren Steuerentlastungen wirksam werden.

Auf allen Ebenen haben die Gebietskörperschaften in den vergangenen Jahren ihre zum Teil sehr hohen Defizite abgebaut. Zu diesen Defiziten war es gekommen, weil einerseits immense Transferzahlungen nach Ostdeutschland zu finanzieren waren, und andererseits die schwache Wirtschaftsentwicklung beträchtliche Einnahmeausfälle und zusätzliche Belastungen verursachte. Eine Konsolidierung war schon deshalb geboten, weil die Politik 1997 eine punktgenaue Erfüllung der im Vertrag von Maastricht genannten Verschuldungsgrenzen anstrebte. Darüber hinaus hat sich die Bundesregierung im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts dazu verpflichtet, mittelfristig mindestens einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen. Dahinter steht die Vorstellung, dass Haushaltsdisziplin eine unabdingbare Voraussetzung für gesamtwirtschaftliche Stabilität sei. Eine zu hohe Verschuldung begrenze den Handlungsspielraum der Finanzpolitik als Stabilisierungsinstrument — befürchtet

werden höhere Kapitalmarktzinsen und eine geringere Sachkapitalbildung der Unternehmen.

Ein Rekorddefizit wurde im Rezessionsjahr 1993 hingenommen, als die Neuverschuldung fast 140 Mrd. DM betrug. In den Folgejahren hatte zunächst der Bund seine Fehlbeträge gesenkt. Aufgrund seiner Verantwortung für die Arbeitslosenversicherung reagiert der Bundeshaushalt sehr viel stärker auf konjunkturelle Schwankungen als die Haushalte der Länder und Gemeinden, bei denen der Konsolidierungsprozess erst nach 1997 einsetzte (Tabelle 1). Offenbar haben sich Länder und Gemeinden zunächst nur wenig um die mit dem Vertrag von Maastricht eingegangenen Verpflichtungen gekümmert. Dies kann auch kaum verwundern, da die Frage nach der innerstaat-

¹ In finanzstatistischer Abgrenzung. Im Jahre 2000 ohne Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen.

Tabelle 1

Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssalden nach Haushaltsebenen

	Bund ¹⁾			Länder			Gemeinden		
	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Mrd. DM									
1993	409,5	491,7	-82,1	399,5	441,3	-41,7	276,2	289,3	-13,1
1994	450,2	511,4	-61,2	405,9	449,0	-43,0	281,2	292,5	-11,3
1995	461,9	511,9	-50,0	417,1	463,9	-46,7	281,8	295,7	-14,0
1996	438,2	504,5	-66,3	426,9	474,0	-47,1	282,4	289,0	-6,6
1997	447,6	498,0	-50,4	433,5	472,4	-38,9	273,9	279,9	-5,9
1998	482,3	515,1	-32,7	448,4	476,5	-28,1	282,2	277,5	4,8
1999	504,5	545,2	-40,7	460,6	479,6	-19,0	286,3	281,8	4,5
2000	488,1 ²⁾	537,9	-49,8	467,4	487,6	-20,2	287,6	283,8	3,8
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %									
1994	9,9	4,0	X	1,6	1,8	X	1,8	1,1	X
1995	2,6	0,1	X	2,8	3,3	X	0,2	1,1	X
1996	-5,1	-1,4	X	2,3	2,2	X	0,2	-2,3	X
1997	2,1	-1,3	X	1,5	-0,3	X	-3,0	-3,2	X
1998	7,8	3,4	X	3,4	0,9	X	3,0	-0,8	X
1999	4,6	5,9	X	2,7	0,7	X	1,4	1,6	X
2000	-3,3	-1,4	X	1,5	1,7	X	0,4	0,7	X

¹⁾ Einschließlich Sondervermögen. — ²⁾ Ohne UMTS-Erlöse. — Abweichungen bei den Salden durch Runden.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

lichen Umsetzung der Anforderungen, die sich aus dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt ergeben, noch immer nicht gelöst ist. Bislang konnten sich die Gebietskörperschaften auf keinen Schlüssel zur vertikalen wie horizontalen Verteilung der Schuldengrenzen einigen.

Dennoch verringerten Länder und Gemeinden nach 1997 ihre Defizite erheblich, von 45 Mrd. DM auf 17 Mrd. DM; die Gemeinden erzielten in den vergangenen Jahren sogar Überschüsse. Auch ohne formale Regelungen war der Konsolidierungsdruck auf Länderebene offenkundig stark genug, um einen solchen Prozess durchzusetzen. Freilich wäre die Folgerung, den Gemeinden ginge es nunmehr finanziell gut, unangebracht. Auf kommunaler Ebene sind weniger der Finanzierungssaldo als vielmehr die Investitionsausgaben Gradmesser für die finanzielle Leistungsfähigkeit; das Haushaltsrecht der Gemeinden zieht sehr enge Grenzen für die Kreditaufnahme. Die Verbesserung des finanziellen Status wurde mit einem dramatischen Rückgang der kommunalen Investitionsausgaben erkauft.

Alles in allem sind die Konsolidierungserfolge auf der Ausgabenseite erzielt worden. Während die Ausgaben von 1993 bis 2000 insgesamt nur um 9 % und damit deutlich weniger als das nominale Bruttoinlandsprodukt (23 %) gestiegen sind, haben die Einnahmen um 15 % zugenommen.²

Einnahmenentwicklung 2001/2002

Die Entwicklung der Steuereinnahmen wird in diesem Jahr durch zwei Komponenten geprägt. Zum einen schlägt sich die Unternehmens- und Einkommensteuerreform (Steuerreform 2000), deren zweite Stufe auf den 1. Januar dieses Jahres vorgezogen worden war, in wesentlich niedrigeren Steuereingängen nieder. Zum anderen hat die unerwartet schwache Konjunkturentwicklung ihre Spuren im Steueraufkommen hinterlassen.

Die Steuerreform 2000 enthält zwei wesentliche Elemente: die Reform der Unternehmensbesteuerung und die Reform des Einkommensteuertarifs. Bei der Besteuerung von Kapitalgesellschaften und Anteilseignern hat es eine Systemumstellung gegeben. Der Körperschaftsteuersatz beträgt seit dem 1. Januar 2001 einheitlich 25 % für einbehaltene (bisher 40 %) und ausgeschüttete Gewinne (bisher 30 %). Bei der Dividendenbesteuerung ist das Prinzip der Vollarrechnung, das seit 1977 galt, aufgegeben worden. Die Körperschaftsteuer auf Dividenden ist nun definitiv, die Nettodividenden werden beim Anteilseigner nur noch zur Hälfte der Einkommensteuer unter-

² Die Erlöse des Bundes aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen in Höhe von fast 100 Mrd. DM sind nicht in die Rechnung einbezogen.

worfen. Für Personenunternehmen, die Einkommen- und Gewerbesteuer zahlen, ist eine pauschalierte Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuerschuld eingeführt worden; sie beträgt das 1,8fache des Gewerbesteuermessbetrages.³ Im Gegenzug sind steuerliche Vergünstigungen, z. B. die degressive Abschreibung für bewegliche Anlagegüter und die lineare Abschreibung für Gebäude, verringert worden. Nicht zuletzt aus konjunkturellen Gründen hat die Bundesregierung jedoch zunächst teilweise auf die Anpassung der amtlichen Abschreibungstabellen (Branchentabellen) verzichtet; dadurch entfallen ursprünglich geplante Einnahmen von gut 1 Mrd. DM. Unter dem Strich bringt die Unternehmenssteuerreform den Betrieben in diesem Jahr eine Entlastung von 17 Mrd. DM (2002: 19 Mrd. DM).

Zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung bei der Mehrwertsteuer hat die Regierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Steuerverwaltung im kommenden Jahr mehr Rechte bei der Aufklärung des Umsatzsteuerbetrugs erhalten soll. Hieraus werden Mehreinnahmen von 4½ Mrd. DM erwartet. Ob dies tatsächlich der Fall sein wird, ist indes fraglich.

Bei der Einkommensteuer ist der steuerliche Grundfreibetrag in diesem Jahr um 500 DM auf 14 000 DM angehoben worden. Der Eingangsteuersatz wurde von 22,9% auf 19,9%, der Spitzensteuersatz von 51% auf 48,5% zurückgenommen. Durch diese Rechtsänderungen erhöhen sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in diesem Jahr um gut 28 Mrd. DM. Für die Schätzung im Jahr 2002 ist zusätzlich die 2. Stufe des Familienleistungsausgleichs zu berücksichtigen. Zum 1. Januar 2002 wird das Kindergeld für das erste und zweite Kind von 270 DM auf 300 DM angehoben. Für die Familien mit Kindern bedeutet dies eine Verbesserung ihrer Nettoeinkommen um fast 6 Mrd. DM.⁴ Im Gegenzug wurden die Ausbildungsfreibeträge reduziert und der Haushaltsfreibetrag wird von 2002 an in drei Stufen abgebaut, im nächsten Jahr von 5 700 DM auf 4 575 DM; diese Änderung führt zu Mehreinnahmen von 1 Mrd. DM.

Die hier vorgelegte Prognose der Steuereinnahmen basiert auf den Ergebnissen der Steuerstatistik bis zum Juli dieses Jahres und auf der gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung des DIW Berlin vom Juni.⁵ In der Prognose wird unterstellt, dass die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr nur um 1% wächst; nominal ist das ein Anstieg von 2,5%. Für das nächste Jahr wird mit einem Wachstum von 2,3% gerechnet, in nominaler Rechnung ergibt sich ein Zuwachs um 3,6%. Die Löhne und Gehälter werden mit Raten von 2,6% in diesem Jahr und 3% im nächsten Jahr weiterhin nur moderat expandieren.

Die Steuereingänge von Bund, Ländern und EU lagen bis Juli um 2,6% unter denen im Vorjahr. Erwartungsgemäß ist es insbesondere bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer aufgrund der Steuerreform zu einem Ein-

bruch gekommen. Der Rückgang bei den Steuern vom Umsatz resultiert nicht zuletzt aus der schwachen Binnennachfrage. Überraschend hoch waren die Ausfälle bei der Gewerbesteuer.

Bei der *Lohnsteuer* waren im bisherigen Jahresverlauf die Kasseneingänge etwas geringer als im Vorjahreszeitraum (-0,4%); bereinigt um das Kindergeld, das zulasten des Lohnsteueraufkommens ausgezahlt wird, errechnet sich eine geringe Zunahme (0,5%). Vor dem Hintergrund der Steuerreform 2000 — sie schlägt für das ganze Jahr mit Mindereinnahmen von schätzungsweise 24 Mrd. DM zu Buche — war ursprünglich eine schwächere Entwicklung angenommen worden. Wenn die reformbedingten Steuerausfälle bislang niedriger als erwartet waren, so dürfte dies vor allem daran gelegen haben, dass Arbeitnehmer, soweit es für sie möglich war, sich von ihrem Arbeitgeber flexible Bestandteile des Gehalts nicht am Ende des vergangenen Jahres, sondern erst zu Beginn dieses Jahres auszahlen ließen. Durch diese Verlagerung sind sie in den Genuss der niedrigeren Steuersätze gekommen. Für den weiteren Jahresverlauf wird unterstellt, dass die Wirkungen der Steuerreform nun stärker im Aufkommen sichtbar werden. Insgesamt wird ein Aufkommen von 259 Mrd. DM erwartet (-2,4%). Dies sind 1½ Mrd. DM mehr, als vom „Arbeitskreis Steuerschätzungen“ im Mai 2001 erwartet worden war. Im kommenden Jahr wird sich die Progressionswirkung des Steuertarifs wieder im Kassenaufkommen der Lohnsteuer niederschlagen, auch wenn die Kindergelderhöhung in Rechnung zu stellen ist. Alles in allem wird mit einem Aufkommen von knapp 269 Mrd. DM gerechnet; dies sind im Vergleich zum Vorjahr 3½% mehr (Tabelle 2).

Der überaus starke Rückgang bei den *gewinnorientierten Steuern*⁶ — in den ersten sieben Monaten dieses Jahres um 22% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum — ist ebenfalls in erster Linie im Zusammenhang mit der Steuerreform zu sehen. Eine Rolle spielen aber auch die gesunkenen Gewinneinkommen im Jahre 1999, wodurch niedrigere Nachzahlungen fällig werden. Angesichts des enttäuschenden Konjunkturverlaufs hätte

³ Bei der Berechnung der Gewerbesteuer ist von einem Steuermessbetrag auszugehen. Dieser ergibt sich aus der Anwendung der Steuermesszahl (5%) auf den Gewerbeertrag. Auf der Basis des Steuermessbetrages wird mit einem Hundertsatz (Hebesatz) — von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich — die Gewerbesteuer festgesetzt und erhoben.

⁴ Parallel dazu wird der Kinderfreibetrag von 6 970 DM je Kind auf 7 135 DM angehoben; der Betreuungsfreibetrag von 3 028 DM gilt nun auch für Kinder über 16 Jahre. Außerdem wird von 2002 an ein Erziehungsfreibetrag von 1 200 DM gewährt. Nennenswerte Mindereinnahmen werden aufgrund des Veranlagungs-Lags bei der Einkommensteuer erst vom Jahre 2003 an erwartet.

⁵ Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2001/2002. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 28-29/2001.

⁶ Veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Körperschaftsteuer, Zinsabschlag.

Tabelle 2

Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in den Jahren 2000 bis 2002

	Westdeutschland ¹⁾			Ostdeutschland ²⁾			Insgesamt			West-deutschland ¹⁾		Ost-deutschland ²⁾		Insgesamt	
	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002
	Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Schätzung					
	Mrd. DM									Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
Gemeinschaftliche Steuern	.	.	.	.	.	.	651,8	619,0	639,7	.	.	.	.	-5,0	3,3
Lohnsteuer ³⁾	246,7	241,0	249,9	18,8	18,0	18,6	265,5	259,0	268,5	-2,3	3,7	-4,3	3,3	-2,4	3,7
Veranlagte Einkommensteuer ³⁾	29,3	22,0	25,5	-5,4	-6,3	-5,4	23,9	15,7	20,1	-24,8	15,9	.	.	-34,3	28,0
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ⁴⁾	25,7	37,5	22,0	0,8	1,0	0,7	26,4	38,5	22,7	46,2	-41,3	22,1	-31,6	45,5	-41,1
Zinsabschlag ⁵⁾	14,0	17,0	17,5	0,3	0,5	0,5	14,3	17,5	18,0	21,4	2,9	30,4	4,4	21,7	3,0
Körperschaftsteuer ⁴⁾	45,4	15,0	28,0	0,7	-1,6	-1,0	46,1	13,4	27,0	-66,9	86,7	.	.	-70,9	101,5
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	.	.	.	.	.	.	275,5	275,0	283,5	.	.	.	.	-0,2	3,1
Zölle	.	.	.	.	.	.	6,6	6,6	6,5	.	.	.	.	-0,6	-1,5
Bundessteuern	.	.	.	.	.	.	147,8	154,1	161,7	.	.	.	.	4,2	4,9
Mineralölsteuer	.	.	.	.	.	.	74,0	79,0	84,3	.	.	.	.	6,8	6,7
Stromsteuer	.	.	.	.	.	.	6,6	7,9	9,2	.	.	.	.	19,7	16,5
Tabaksteuer	.	.	.	.	.	.	22,4	23,2	23,4	.	.	.	.	3,6	0,9
Branntweinabgabe	.	.	.	.	.	.	4,2	4,2	4,1	.	.	.	.	0,0	-2,4
Versicherungsteuer	.	.	.	.	.	.	14,2	14,7	14,9	.	.	.	.	3,5	1,4
Solidaritätszuschlag	.	.	.	.	.	.	23,2	22,0	22,7	.	.	.	.	-5,2	3,2
Sonstige	.	.	.	.	.	.	3,2	3,1	3,1	.	.	.	.	-3,7	-0,6
Ländersteuern	31,9	34,2	33,7	4,1	4,2	4,1	36,1	38,4	37,8	7,0	-1,3	2,3	-2,8	6,4	-1,5
Kraftfahrzeugsteuer	11,7	14,2	13,5	2,0	2,3	2,2	13,7	16,5	15,7	21,2	-4,9	15,0	-6,5	20,3	-5,2
Erbschaftsteuer	5,8	5,8	6,1	0,1	0,1	0,1	5,8	5,9	6,2	0,9	5,2	.	.	0,9	5,1
Grunderwerbsteuer	8,6	8,5	8,6	1,3	1,1	1,1	9,9	9,6	9,7	-1,6	1,2	-15,6	1,8	-3,4	1,3
Sonstige	5,8	5,7	5,5	0,8	0,8	0,8	6,6	6,4	6,3	-2,8	-2,6	-0,4	1,3	-2,6	-2,2
Gemeindesteuern	65,4	62,2	69,0	6,3	6,1	7,0	71,8	68,3	76,0	-4,9	10,9	-4,1	14,9	-4,8	11,3
Gewerbsteuer	49,0	45,4	51,8	3,9	3,5	4,3	52,9	48,9	56,1	-7,3	14,1	-9,2	22,9	-7,5	14,7
Grundsteuern	15,0	15,4	15,8	2,3	2,4	2,5	17,4	17,8	18,3	2,4	2,6	3,8	4,1	2,6	2,8
Sonstige	1,4	1,4	1,4	0,2	0,2	0,2	1,5	1,6	1,6	1,4	0,7	3,3	3,2	1,6	1,0
Kassenmäßige Steuereinnahmen insgesamt	.	.	.	.	.	.	914,1	886,4	921,7	.	.	.	.	-3,0	4,0
In der Abgrenzung der Finanzstatistik ⁷⁾	.	.	.	.	.	.	874,2	848,7	879,3	.	.	.	.	.	.
darunter:															
Bund ⁸⁾ 9) 10)	.	.	.	.	.	.	428,5	420,9	432,2	.	.	.	.	-1,8	2,7
Länder ⁸⁾ 10) 11) 13)	294,2	282,6	291,2	50,1	48,3	50,8	344,3	330,9	342,0	-4,0	3,1	-3,5	5,1	-3,9	3,4
Gemeinden ^{12) 13)}	93,5	89,4	96,7	8,0	7,5	8,5	101,5	96,9	105,2	-4,4	8,2	-5,8	12,5	-4,5	8,5
nachrichtlich: EU-Anteile ¹⁴⁾	.	.	.	.	.	.	42,7	40,6	45,3	.	.	.	.	-4,9	11,5

¹⁾ Westdeutschland einschließlich West-Berlin. — ²⁾ Ostdeutschland einschließlich Ost-Berlin. — ³⁾ Beteiligungsverhältnis: Bund 42,5 %, Länder 42,5 %, Gemeinden 15 %. — ⁴⁾ Beteiligungsverhältnis: Bund 50 %, Länder 50 %. —

⁵⁾ Beteiligungsverhältnis Bund 44 %, Länder 44 %, Gemeinden 12 %; Zerlegung West- und Ostdeutschland: 91/9 %. — ⁶⁾ Bund vorab 5,63 %; vom Rest: Gemeinden vorab 2,2 %; vom verbleibenden Rest: Bund 50,25 %, ab 2002 49,65 %; Länder 49,75 %, ab 2002 50,35 %. Aufteilung auf West- und Ostdeutschland im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs. — ⁷⁾ Ohne EU-Anteile, einschließlich steuerähnlicher Abgaben. In der Finanzstatistik werden West- und Ost-Berlin zu Westdeutschland gezählt. — ⁸⁾ USt-Verteilung Fonds Deutsche Einheit beim Bund zu-, bei den Ländern abgesetzt. — ⁹⁾ EU-MWSt.-Eigenmittel und EU-BSP-Eigenmittel abgesetzt. — ¹⁰⁾ Einschließlich Gewerbesteuerumlage. Beteiligungsverhältnis: Bund: 19/45, Länder: 26/45. — ¹¹⁾ Einschließlich Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — ¹²⁾ Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten und nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ¹³⁾ Einschließlich Beteiligungen der westdeutschen Gemeinden am Fonds Deutsche Einheit über Erhöhung der Gewerbesteuerumlage an die westdeutschen Länder. — ¹⁴⁾ EU-MWSt.-Eigenmittel, EU-BSP-Eigenmittel, EU-Zölle. —

Abweichungen in den Summen durch Runden.
Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Statistisches Bundesamt; Schätzung des DIW Berlin.

der Rückgang bei den Gewinnsteuern eigentlich noch stärker ausfallen müssen, denn in der Regel passen die Unternehmen ihre Steuervorauszahlungen rasch an veränderte ökonomische Bedingungen an.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der *veranlagten Einkommensteuer* sind in Westdeutschland bis Juli um 62 % zurückgegangen. Diese Entwicklung ist allerdings nur zum kleineren Teil auf die Steuerreform zurückzuführen. Ausschlaggebend war vielmehr, dass die aus dem Einkommensteueraufkommen geleisteten Zahlungen — die Eigenheimzulage, die Erstattungen des Bundesamts für Finanzen und die Investitionszulagen — zum Teil außerordentlich kräftig gestiegen sind (Tabelle 3). Dagegen waren die Erstattungen an Arbeitnehmer (§ 46 EStG), die aus dem Einkommensteueraufkommen gezahlt werden, nur unwesentlich höher als im Vorjahr. Bereinigt um diese Einflüsse ist die Einkommensteuer nur um 6 % gesunken. Neben den Steuerreformwirkungen spiegeln sich darin auch niedrigere Nachzahlungen für frühere Veranlagungszeiträume. Für den weiteren Verlauf des Jahres wird unterstellt, dass die negativen Aufkommenseffekte an Bedeutung verlieren. Dies gilt vor allem für die Eigenheimzulage, da sie jeweils im März für alle Bauförderjahrgänge ausgezahlt wird. Alles in allem ist bei der veranlagten Einkommensteuer im Jahre 2001 mit einem Minus von 25 % zu rechnen. Im kommenden Jahr kann der Fiskus indes kräftige Mehreinnahmen erwarten (16 %). Sie sind aber weniger Folge steigender Gewinne als das Ergebnis einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen aufgrund von Rechtsänderungen in den vergangenen Jahren.

In Ostdeutschland reichen die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer noch immer nicht aus, um die Investitions- und die Eigenheimzulagen sowie die Erstattungen an Arbeitnehmer (§ 46 EStG) zu finanzieren — im Gegenteil, die Minusbeträge sind seit 1991 von Jahr zu Jahr größer geworden. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres beliefen sie sich auf 4,8 Mrd. DM. Unter der Annahme, dass sich die Entwicklung bei den Voraus- und Nachzahlungen im weiteren Verlauf des Jahres kaum än-

dert, wird für 2001 mit einem negativen Kassenaufkommen von 6,3 Mrd. DM gerechnet. Im nächsten Jahr dürfte das Minus auf 5,4 Mrd. DM sinken, da steuerrechts- und auch gewinnbedingte Mehreinnahmen wahrscheinlich sind.

Die Einnahmen aus der *Körperschaftsteuer* sind in Westdeutschland in den ersten sieben Monaten regelrecht eingebrochen (–92 %). Ausschlaggebend dafür waren einmal die steuerrechtsbedingten Mindereinnahmen, die 2001 — auf Jahresbasis gerechnet — mit schätzungsweise 14 Mrd. DM zu Buche schlagen. Hinzu kommt, dass viele Unternehmen aufgrund nunmehr gleich hoher Steuersätze für einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne früher thesaurierte Gewinne, die mit 45 % versteuert worden waren („EK 45“), nun auflösen und an die Anteilseigner ausschütten. Daraus resultieren hohe Erstattungsbeträge bei der Körperschaftsteuer. Bei einem Steuersatz auf Ausschüttungen von bisher 30 % errechnet sich ein Minderungsanspruch von 15 Prozentpunkten. Werden einbehaltene Gewinne, die zu 45 % versteuert worden sind, nicht bis zum Jahresende 2001 ausgeschüttet, müssen sie zum Jahreswechsel in den Bilanzen in „EK 40“ umgewandelt werden. Im Jahre 2002 reduziert sich der Anspruch auf Körperschaftsteuerminderungen von 15 Prozentpunkte auf nur noch 10 Prozentpunkte, so dass ein Anreiz besteht, die thesaurierten Gewinne bereits in diesem Jahr aufzulösen. Im weiteren Jahresverlauf wird der Einfluss der Sonderausschüttungen vermutlich nachlassen, während die Steuerrechtsänderungen unverändert stark das Aufkommen schmälern. Insgesamt dürfte das Körperschaftsteueraufkommen um zwei Drittel hinter dem Vorjahresniveau zurückbleiben. Im nächsten Jahr wird es den Anreiz zu Sonderausschüttungen nicht mehr geben, so dass sich allein deshalb ein deutlich höheres Aufkommen einstellen wird. Die Vorauszahlungen für das Jahr 2002 dürften zudem wieder etwas höher ausfallen. Bei den Nachzahlungen für frühere Veranlagungsjahre ist indes nochmals mit einem Rückgang zu rechnen. Insgesamt wird ein Aufkommen von 28 Mrd. DM erwartet, dies entspricht einer Zunahme von 87 %.

Tabelle 3

Einkommensteueraufkommen von Januar bis Juli 2000 und 2001

	Westdeutschland			Ostdeutschland			Deutschland		
	2000	2001	Veränderung in %	2000	2001	Veränderung in %	2000	2001	Veränderung in %
	in Mill. DM			in Mill. DM			in Mill. DM		
Kassenmäßiges Aufkommen	9 236	3 541	−61,7	−4 248	−4 846	.	4 988	−1 305	.
+ Investitionszulage	97	208	113,8	494	760	53,9	591	968	63,8
+ Erstattungen (§ 46 EStG)	22 701	23 093	1,7	3 480	3 344	−3,9	26 181	26 437	1,0
+ Eigenheimzulage	9 656	11 827	22,5	2 314	2 738	18,3	11 970	14 566	21,7
+ Erstattungen des Bundesamts für Finanzen	799	1 306	63,3	—	—	—	799	1 306	63,3
Bruttoaufkommen	42 490	39 975	−5,9	2 040	1 996	−2,2	44 530	41 971	−5,7
Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des DIW Berlin.									

Tabelle 4

Körperschaftsteueraufkommen von Januar bis Juli 2000 und 2001

	Westdeutschland			Ostdeutschland			Deutschland		
	2000	2001	Veränderung in %	2000	2001	Veränderung in %	2000	2001	Veränderung in %
	in Mill. DM			in Mill. DM			in Mill. DM		
Kassenmäßiges Aufkommen	23 874	1 807	−92,4	684	−815	.	24 557	992	−96,0
+ Investitionszulage	164	226	37,4	581	1 509	159,9	745	1 734	132,9
+ Erstattungen des Bundesamts für Finanzen	2 050	2 826	37,8	122	91	−25,9	2 172	2 917	34,3
Bruttoaufkommen	26 088	4 859	−81,4	1 386	784	−43,5	27 475	5 643	−79,5
Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des DIW Berlin.									

In Ostdeutschland lagen die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer bis Juli mit 800 Mill. DM erstmals seit 1997 wieder im Minus, d. h. die Bruttoeinnahmen reichten nicht aus, um die Investitionszulagen, die als Folge des Investitionszulagengesetzes 1999 äußerst dynamisch — um 54 % — expandierten, sowie die Erstattungen des Bundesamtes für Finanzen zu finanzieren (Tabelle 4). Bereinigt um diese Zahlungen errechnet sich ein positives Aufkommen von knapp 800 Mill. DM, das freilich um 44 % hinter dem entsprechenden Vorjahresergebnis zurückblieb. In dem Rückgang spiegeln sich vor allem die Effekte der Unternehmenssteuerreform. Übers Jahr gesehen ist bei den Körperschaftsteuereinnahmen in Ostdeutschland mit einem Minusbetrag von 1,6 Mrd. DM zu rechnen. Auch im nächsten Jahr wird es ein Minus im Kassenaufkommen geben, doch fällt es mit 1 Mrd. DM deutlich niedriger aus. Hierzu trägt die unterstellte Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmen nur wenig bei; vielmehr ist es auch hier die Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen in den letzten Jahren.

Die Gewinnausschüttungen, die bei der Körperschaftsteuer zu hohen Mindereinnahmen führten, haben sich bei *den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag* entsprechend niedergeschlagen, sie sind bis Juli um 63 % gestiegen. Auch wenn man die Erstattungen des Bundesamtes für Finanzen berücksichtigt (+43 %), ist der Anstieg im Bruttoaufkommen nur unwesentlich niedriger gewesen (60 %). Im weiteren Verlauf des Jahres dürfte der Sonderfaktor „EK 45“ an Bedeutung verlieren; dennoch ist für das ganze Jahr 2001 mit einem starken Plus zu rechnen (46 %). Im kommenden Jahr entfällt dieser Sondereffekt, so dass es dann wohl zu hohen Mindereinnahmen kommt (−41 %).

Bei den *Steuern vom Umsatz* steht der Verlauf in einem gewissen Widerspruch zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Während die Inlandsnachfrage im ersten Halbjahr um 1,3 % zugelegt hat, sind die Umsatzsteuereinnahmen, die mit einer Verzögerung von einem Monat in die

öffentlichen Kassen fließen, bis Juli um 1,2 % gesunken. Insbesondere die Monate April und Juni verzeichneten mit −5,5 % bzw. −6,8 % hohe Ausfälle. Ausschlaggebend dafür könnte gewesen sein, dass die Unternehmen in stärkerem Maße Vorsteuerabzugsbeträge geltend gemacht haben. Für die Prognose wird unterstellt, dass sich die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz in den kommenden Monaten an die Entwicklung der steuerlichen Bemessungsgrundlagen anpassen. Für das ganze Jahr heißt dies, dass etwa das Aufkommen des Vorjahres erreicht wird. Im kommenden Jahr werden diese Einnahmen — entsprechend der erwarteten konjunkturellen Erholung — etwa im Tempo der Inlandsnachfrage expandieren (3,1 %).

Die *reinen Bundessteuern* haben bis Juli immerhin um 4,4 % zugenommen, vor allem, weil die Steuersätze bei der Mineralöl- und der Stromsteuer im Zuge der ökologischen Steuerreform angehoben worden sind. Gedämpft wird die Entwicklung indes durch den Solidaritätszuschlag, bei dem es infolge der Einkommen- und Körperschaftsteuerreform zu entsprechenden Mindereinnahmen kommt. Alles in allem ist zu erwarten, dass die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern in diesem Jahr um 4,1 % zunehmen. Im nächsten Jahr dürfte der Anstieg etwas stärker ausfallen (4,9 %): Zum einen werden im Zuge der ökologischen Steuerreform abermals die Mineralölsteuer und die Stromsteuer erhöht. Zudem sind aufgrund der Einkommensentwicklung auch beim Solidaritätszuschlag wieder Mehreinnahmen zu erwarten.

Bei den *Ländersteuern* ist 2001 mit einem deutlichen Anstieg zu rechnen (6,4 %). Diese Zunahme beruht ausschließlich auf den Mehreinnahmen bei der Kraftfahrzeugsteuer infolge der Reform 1997, mit der zum 1. Januar 2001 die Steuersätze für weniger schadstoffarme Fahrzeuge drastisch heraufgesetzt worden sind. Hingegen sind im kommenden Jahr bei der Kfz-Steuer Mindereinnahmen wahrscheinlich (−5,2 %), weil die hochversteuerten weniger schadstoffarmen Kraftfahrzeuge zunehmend aus dem Bestand herausgenommen und durch

schadstoffarme Fahrzeuge ersetzt werden.⁷ Sie sind bis zu maximal 600 DM steuerbefreit. Per saldo dürften die Ländersteuern 2000 um fast 2 % sinken.

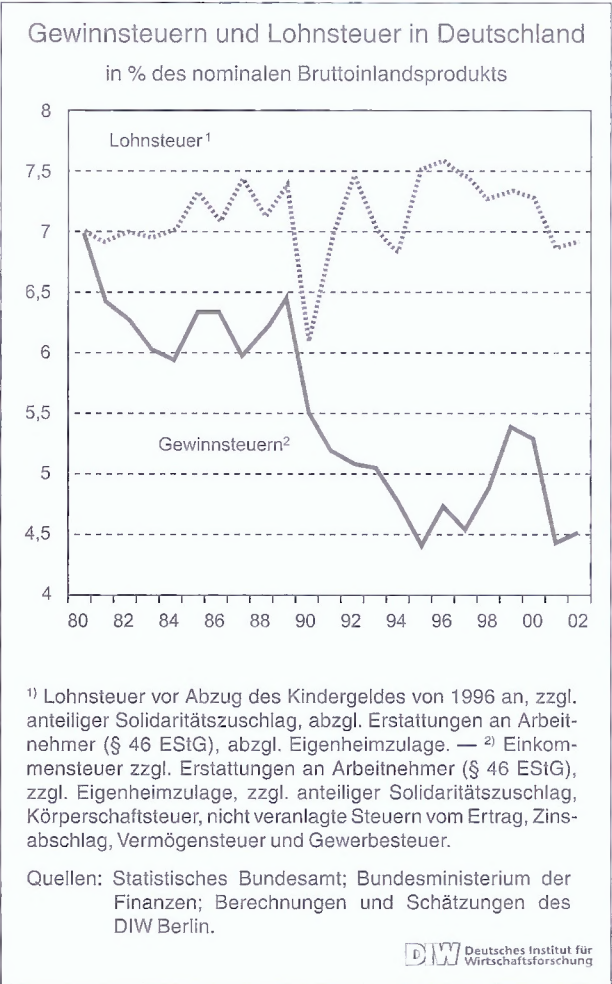
Bei den *Gemeindesteuern* zeichnet sich in diesem Jahr ein deutlich stärkerer Rückgang ab, als ursprünglich erwartet worden war. Bei der Gewerbesteuer als der wichtigsten Einnahmequelle für die Kommunen sind die Steuereingänge in Ost- und Westdeutschland insbesondere im zweiten Quartal geradezu weggebrochen. Die Vorauszahlungen waren, nachdem sie im ersten Quartal noch leicht über dem Vorjahr gelegen hatten, im zweiten Quartal stark rückläufig. Zudem haben die Zahlungen für frühere Veranlagungsjahre schon seit dem ersten Quartal stark abgenommen. Vor diesem Hintergrund ist damit zu rechnen, dass die Gewerbesteuerereinnahmen im Jahre 2001 um 7,5 % hinter dem Vorjahresniveau zurückbleiben dürften. Für die gesamten Steuereinnahmen der Gemeinden bedeutet dies einen Rückgang um knapp 5 %. Für das Jahr 2002 wird indes wieder mit einem deutlichen Anstieg bei den Gemeindesteuern gerechnet (11,3 %). Hierbei ist unterstellt, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer kräftig zulegen werden, weil auch hier Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage wirksam werden; sie sollen Mehreinnahmen von 4 ½ Mrd. DM erbringen.

Nach der hier vorgelegten Schätzung werden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden und

Abbildung 1



Abbildung 2



EU in diesem Jahr vor allem wegen der Auswirkungen der Einkommen- und Körperschaftsteuerreform um 3 % geringer ausfallen; dies entspricht einem Steueraufkommen von 886,4 Mrd. DM. Im Vergleich zur Prognose des „Arbeitskreises Steuerschätzungen“ vom Mai dieses Jahres errechnen sich Mindereinnahmen von knapp 5 Mrd. DM. Im kommenden Jahr werden die Steuereinnahmen wieder leicht überproportional zur nominalen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zunehmen, und zwar um schätzungsweise 4 %.

Mit der Steuerreform 2000 ist die Belastung für die Steuerzahler erheblich reduziert worden. Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote — kassenmäßiges Steueraufkommen in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts — wird in diesem Jahr mit 21,8 % einen der niedrigsten Werte in den letzten 20 Jahren erreichen (Abbildung 1).

⁷ Die Kfz-Steuer beträgt für Fahrzeuge — wenn sie die Norm Euro 4 erfüllen — 10 DM (Benzin) bzw. 27 DM (Diesel) pro 100 ccm. Auf die Besteuerung wird verzichtet, bis ein Betrag von maximal 600 DM bzw. 1 200 DM erreicht ist. Für ein nicht schadstoffarmes Fahrzeug müssen dagegen vom 1.1.2001 an 49,60 DM (Benzin) bzw. 73,50 DM (Diesel) pro 100 ccm gezahlt werden.

Tabelle 5

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften¹⁾

	Bund ²⁾ 3)			Sondervermögen ⁴⁾			Länder ²⁾						Gemeinden						Insgesamt		
							Westdeutschland ⁵⁾			Ostdeutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland					
	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung	
Mrd. DM																					
Einnahmen	570,9	473,7	481,1	36,8	47,1	42,3	385,7	374,1	384,2	98,1	96,1	98,6	237,8	231,6	238,0	49,8	46,6	50,1	1 154,8	1 056,1	1 073,1
Steuern u. Ä.	428,4	420,7	432,1	0,1	0,1	0,1	294,8	283,2	292,8	50,0	48,4	50,9	93,3	89,2	93,3	8,2	7,7	8,7	874,8	849,3	877,9
Zahlungen von Gebietskörperschaften	5,5	5,6	5,6	20,3	15,4	20,2	46,6	45,7	44,8	33,1	32,6	32,2	68,8	66,6	68,3	32,5	31,9	32,2	—	—	—
Zahlungen von Sondervermögen	1,5	1,5	1,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Länderfinanzausgleich	—	—	—	—	—	—	8,8	8,7	9,1	7,2	7,1	7,3	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Einnahmen aus wirtsch. Tätigkeit	10,4	10,2	10,0	—	—	—	7,6	7,8	8,0	0,9	0,9	1,0	12,7	12,5	12,6	2,3	2,3	2,3	33,9	33,7	33,9
Gebühren u. Ä.	7,1	7,2	7,4	—	—	—	8,1	8,0	8,1	0,9	0,9	0,9	28,9	28,8	28,9	4,2	4,2	4,3	49,2	49,1	49,6
Veräußerung von Vermögen ⁶⁾	9,9	17,0	13,0	5,3	5,3	—	2,9	3,5	3,8	0,1	0,2	0,2	11,3	11,5	11,7	2,2	2,1	2,2	31,7	39,6	30,9
Sonstige Einnahmen	108,1 ⁷⁾	11,5	11,5	11,1	26,3	22,0	16,9	17,2	17,6	5,9	6,0	6,1	22,8	23,0	23,2	0,4	0,4	0,4	165,2	84,4	80,8
Ausgaben	518,3	517,9	525,4	40,1	39,4	38,7	400,3	405,1	407,2	103,7	103,3	103,9	234,9	236,6	238,8	49,6	49,6	49,9	1 122,6	1 138,7	1 142,7
Personalausgaben	51,9	52,2	52,6	15,2	15,0	14,7	156,9	158,8	160,8	26,6	26,6	26,7	62,5	63,2	64,0	14,8	14,7	14,6	327,9	330,5	333,4
Laufender Sachaufwand	40,7	31,6 ⁸⁾	31,9	0,4	0,5	0,5	39,6	40,3	41,1	7,6	7,7	7,8	45,4	46,1	47,0	9,3	9,2	9,2	143,0	135,4	137,5
Zinsausgaben	76,6	74,5	77,0	8,1	8,1	8,1	31,6	32,5	33,8	5,7	6,0	6,3	8,5	8,5	8,6	1,7	1,7	1,8	131,8	130,9	135,2
dar. an Gebietskörperschaften	—	—	—	—	—	—	0,2	0,2	0,2	—	—	—	0,2	0,2	0,2	—	—	—	—	—	—
Laufende Übertragungen	288,3	297,7	304,4	4,9	4,7	4,5	125,6	124,6	127,8	37,2	37,0	37,6	73,7	75,4	77,0	11,2	11,6	12,1	361,2	379,0	383,9
Gebietskörperschaften	51,0	50,0	49,3	1,5	1,5	1,5	58,3	56,8	59,0	25,3	25,0	25,6	7,2	7,3	7,3	0,2	0,2	0,2	—	—	—
Länderfinanzausgleich	—	—	—	—	—	—	15,9	15,8	16,4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sondervermögen	20,1	15,2	20,0	—	—	—	0,2	0,2	0,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sozialversicherungen	139,9	146,5	150,5	—	—	—	0,5	0,5	0,5	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	140,8	147,4	151,4
Soziale Leistungen	42,0	41,6	41,0	—	—	—	13,6	13,8	14,0	2,6	2,7	2,7	45,3	46,3	47,3	6,7	6,9	7,1	110,2	111,3	112,1
Unternehmen	26,0	34,9 ⁹⁾	34,5	3,2	3,0	2,8	20,0	20,3	20,5	5,1	5,0	5,0	5,5	5,6	5,8	1,9	2,0	2,1	61,7	70,8	70,7
Ausland	5,2	5,5	5,3	—	—	—	1,1	1,1	1,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,3	6,6	6,4
Soziale Einrichtungen	1,5	1,4	1,3	—	—	—	11,5	11,6	11,7	2,4	2,5	2,5	11,0	11,4	11,7	1,8	1,9	2,0	28,2	28,8	29,2
Sonstige	2,6	2,6	2,5	0,2	0,2	0,2	4,5	4,5	4,4	1,7	1,7	1,7	4,5	4,6	4,7	0,5	0,5	0,6	14,0	14,1	14,1
Sachinvestitionen	13,2	13,6	12,7	—	—	—	11,7	11,0	10,6	4,3	4,2	4,1	37,2	36,0	35,0	10,9	10,7	10,5	77,3	75,5	72,9
Vermögensübertragungen	38,1	39,0	37,8	0,4	0,4	0,4	29,3	28,5	27,8	20,4	20,0	19,6	4,2	4,1	4,0	1,5	1,5	1,5	51,5	52,5	51,6
Gebietskörperschaften	19,6	19,2	18,5	—	—	—	12,1	11,5	11,0	10,0	9,6	9,3	0,5	0,5	0,5	0,2	0,2	0,2	—	—	—
Ausland	0,6	0,6	0,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,6	0,6	0,6
Sonstige	17,9	19,2	18,7	0,4	0,4	0,4	17,2	17,0	16,8	10,4	10,4	10,3	3,7	3,6	3,5	1,3	1,3	1,3	50,9	51,9	51,0
Darlehen, Beteiligungen, Tilgungen	9,5	9,3	9,0	11,1	10,7	10,5	5,6	9,4	5,3	1,9	1,8	1,8	3,4	3,3	3,2	0,2	0,2	0,2	29,9	32,9	28,2
dar. an Gebietskörperschaften	0,4	0,4	0,4	—	—	—	1,4	1,4	1,4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Finanzierungssaldo	52,6	-44,2	-44,3	-3,3	7,7	3,6	-14,6	-31,0	-23,0	-5,6	-7,2	-5,3	2,9	-5,0	-0,8	0,2	-1,0	0,2	32,2	-80,6	-69,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %																					
Einnahmen	26,1	-17,0	1,6	-33,8	28,0	-10,2	1,9	-3,0	2,7	0,9	-2,0	2,6	1,0	-2,6	2,8	-2,0	-2,4	3,1	8,2	-8,5	1,6
Steuern u. Ä.	10,3	-1,8	2,7	—	0,0	0,0	-0,8	-3,9	3,4	-22,0	-3,2	5,2	1,9	-4,4	4,6	0,0	-6,1	13,0	3,0	-2,9	3,4
Ausgaben	2,8	-0,1	1,4	-10,9	-1,7	-1,8	2,2	1,2	0,5	0,6	-0,4	0,6	1,9	0,7	0,9	-3,1	0,0	0,6	0,0	1,3	0,5
Personalausgaben	-1,5	0,6	0,8	-1,9	-1,3	-2,0	1,0	1,2	1,3	-0,4	0,0	0,4	1,3	1,1	1,3	-2,6	-0,7	-0,7	0,2	0,8	0,9
Laufender Sachaufwand	1,8	— ⁸⁾	0,9	-55,6	25,0	0,0	4,5	1,8	2,0	-5,0	1,3	1,3	2,7	1,5	2,0	-3,1	-1,1	0,0	1,7	-5,3	1,6
Zinsausgaben	-4,7	-2,7	3,4	-3,6	0,0	0,0	-0,6	2,8	4,0	1,8	5,3	5,0	-3,4	0,0	1,2	0,0	0,0	5,9	-3,2	-0,7	3,3
Laufende Übertragungen	5,3	— ⁹⁾	2,3	-31,9	-4,1	-4,3	3,2	-0,8	2,6	3,9	-0,5	1,6	3,5	2,3	2,1	3,7	3,6	4,3	-0,3	4,9	1,3
Gebietskörperschaften	—	-2,0	-1,4	-46,4	0,0	0,0	3,9	-2,6	3,9	3,3	-1,2	2,4	4,3	1,4	0,0	-33,3	0,0	0,0	—	—	—
Sozialversicherungen	-0,1	4,7	2,7	—	—	—	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-1,2	4,7	2,7
Soziale Leistungen	-11,6	-1,0	-1,4	—	—	—	-3,5	1,5	1,4	-46,9	3,8	0,0	1,8	2,2	2,2	3,1	3,0	2,9	-6,5	1,0	0,7
Unternehmen	-1,5	— ⁹⁾	-1,1	22,1	-6,2	-6,7	7,0	1,5	1,0	—	-2,0	0,0	7,8	1,8	3,6	0,0	5,3	5,0	12,8	14,7	-0,1
Sachinvestitionen	-5,0	3,0	-6,6	—	—	—	4,5	-6,0	-3,6	0,0	-2,3	-2,4	2,2	-3,2	-2,8	-9,2	-1,8	-1,9	-0,6	-2,3	-3,4
Vermögensübertragungen	9,2	2,4	-3,1	-69,2	0,0	0,0	3,2	-2,7	-2,5	-4,2	-2,0	-2,0	0,0	-2,4	-2,4	-6,2	0,0	0,0	4,5	1,9	-1,7
Darlehen, Beteiligungen, Tilgungen	13,1	-2,1	-3,2	-5,1	-3,6	-1,9	7,7	67,9	-43,6	35,7	-5,3	0,0	-17,1	-2,9	-3,0	-33,3	0,0	0,0	2,7	10,0	-14,3

¹⁾ In der Abgrenzung der Finanzstatistik, ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. — ²⁾ Ergänzungszuweisungen des Bundes an die finanzschwachen Länder sowie die hierfür verwendeten Umsatzsteuereinnahmen werden beim Bund als Ausgaben und Einnahmen, also „brutto“, angewiesen. Die Anteile aus der Mineralölsteuer im Zuge der Regionalisierung des Personennahverkehrs werden als Zuweisungen des Bundes an die Länder gebucht. — ³⁾ Die Gewinnabführung der Bundesbank ist in voller Höhe beim Bund als Einnahme ausgewiesen; die Differenz zu 7 Mrd. DM wird als Übertragung an den Erblastentilgungsfonds gebucht. — ⁴⁾ Vgl. Tabelle 6. — ⁵⁾ Einschließlich Berlin. — ⁶⁾ Sachvermögen und Beteiligungen. — ⁷⁾ Einschließlich UMTS-Lizenzen (99,2 Mrd. DM). — ⁸⁾ Durch Änderungen der Zuordnungen mit dem Vorjahr nicht vergleichbar. — Abweichungen in den Summen durch Runden.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Schätzung des DIW Berlin.

Noch 1980 lag die Steuerquote bei fast 25 %. Im nächsten Jahr wird sie zwar wieder steigen, aber wohl nicht über die Marke von 22 % hinaus. Aus der Abbildung 2 wird deutlich, dass der Anteil der Lohnsteuer am BIP mit etwa 7 % heute noch fast genau so hoch ist wie 1980. Der Anteil der Gewinnsteuern ist dagegen drastisch zurückgegangen, von 7 % (1980) auf 4,5 % (2001/2002).

Ausgabenentwicklung 2001/2002

Die moderate Ausgabenentwicklung wird sich auf allen Haushaltsebenen fortsetzen (Tabelle 5). Einen wesentlichen Beitrag hierzu leisten die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst. In diesem Jahr schlagen die Tarifierhöhungen mit 1,6 % zu Buche, 2002 dürften sie nur unwesentlich höher ausfallen; die Laufzeit der Verträge endet am 31.10.2002.

Trotz der mäßigen Tarifabschlüsse in den vergangenen Jahren sind im öffentlichen Dienst massiv Stellen abgebaut worden. Beim Bund ist die Zahl der Beschäftigten seit 1993 um 100 000 auf 500 000 gesunken; dies entspricht einem Rückgang um 17 % bzw. gut 2 % pro Jahr. Allerdings schlug hier die Verkleinerung der Bundeswehr mit 45 000 Berufs- und Zeitsoldaten zu Buche. Nunmehr fallen die Personalstrukturmaßnahmen in der Bundeswehr quantitativ kaum noch ins Gewicht, der Rückgang der Beschäftigtenzahlen beim Bund dürfte sich auf 1 % jährlich einpendeln. In einer ähnlichen Größenordnung wird sich der Personalabbau bei den Ländern bewegen. Hier ist die Zahl der Beschäftigten seit 1993 um 230 000, knapp 1 % jährlich, auf 2,28 Millionen zurückgegangen. Ein Teil davon ist auf die rechtliche Verselbständigung von Einrichtungen (z. B. Hochschulkliniken) zurückzuführen. Dieser Effekt spielte bei den kommunalen Arbeitgebern eine noch gewichtigere Rolle. Auf Gemeindeebene ist die Zahl der Beschäftigten um 380 000 auf 1,5 Millionen, d. h. um fast 3 % pro Jahr, gesunken; besonders stark haben die ostdeutschen Kommunen Personal abgebaut. Gleichwohl besteht dort noch immer ein Personalüberhang, so dass sich der Trend kaum abschwächen dürfte.

Insbesondere in den westdeutschen Länderhaushalten muss das zunehmende Gewicht der Pensionszahlungen an ehemalige Beamte berücksichtigt werden. Diese Zahlungen werden nicht von den Rentenversicherungen, sondern unmittelbar aus den Haushalten der Gebietskörperschaften geleistet. Infolge der expansiven Einstellungspolitik in den 60er und 70er Jahren wächst die Zahl der Pensionäre kräftig. Insgesamt wird 2001 und 2002 bei Bund, Ländern und Gemeinden mit einem Anstieg der Personalausgaben um jeweils knapp 1 % gerechnet.

Auch die laufenden Sachaufwendungen werden voraussichtlich nur moderat, um jeweils knapp 2 %, zunehmen. Ein Teil dieser Ausgaben wie Mieten, Pachten u. Ä. entzieht sich kurzfristigen Sparoperationen. Für die mili-

tärischen Beschaffungen ist im Haushalt des Bundes mit 4 % ein überdurchschnittliches Plus in diesem Jahr vorgesehen; im nächsten Jahr dürften die Ausgaben stagnieren. Entsprechend der 2001 in Kraft getretenen neuen staatlichen Haushaltssystematik werden Zuschüsse für laufende Zwecke, die bisher als Sachaufwand verbucht worden sind, nunmehr als laufende Übertragungen an Unternehmen behandelt. Während im Bundeshaushalt 2001 diese systematische Veränderung bereits berücksichtigt ist,⁸ erfolgt auf Länderebene die Umsetzung nur sehr schleppend; deshalb wird hier entsprechend der bisher geltenden Abgrenzung geschätzt. Infolge dieser neuen Systematik errechnet sich in diesem Jahr beim Sachaufwand unbereinigt ein Rückgang.

Die Entwicklung der laufenden Transferzahlungen wird von den Zuschüssen des Bundes an die Sozialversicherungsträger geprägt, die von 140 Mrd. DM im Jahre 2000 auf reichlich 150 Mrd. DM im Jahre 2002, d. h. um knapp 5 % bzw. 3 %, expandieren dürften. Der allgemeine Bundeszuschuss an die Rentenversicherung bemisst sich am Anstieg der Bruttolöhne je Arbeitnehmer im vergangenen Jahr sowie an der Veränderung des Beitragssatzes.⁹ In diesem Jahr sinkt der Satz von 19,3 % auf 19,1 %. Entgegen der politischen Absicht dürfte im nächsten Jahr wohl kein Spielraum für Beitragssenkungen bestehen. Neben dem allgemeinen Zuschuss leistet der Bund zusätzliche Zahlungen, die aus der Erhöhung der Umsatzsteuer zum 1.4.1998 finanziert und mit der Veränderungsrate des Umsatzsteueraufkommens angepasst werden. Darüber hinaus werden mit den Einnahmen aus der Ökosteuer die Ausfälle aus der Senkung des Beitragssatzes der Rentenversicherung finanziert. Infolge der eingetrübten Konjunktur sowie der verschlechterten Arbeitsmarktperspektiven wird der geplante Zuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit nicht ausreichen, um deren Defizit in diesem Jahr zu decken. Statt 1,2 Mrd. DM müssen wohl 5 ½ Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt überwiesen werden. Für das nächste Jahr rechnet das DIW Berlin mit einer konjunkturellen Belebung, in diesem Falle sind deutlich geringe Zuschüsse (1 ½ Mrd. DM) für den Ausgleich des Defizits erforderlich.

Hingegen dürften die sozialen Leistungen, die unmittelbar aus den Haushalten der Gebietskörperschaften finanziert werden, nur geringfügig zunehmen. Eine Rolle spielen dabei die rückläufigen Ausgaben für die Kriegsopferversorgung ebenso wie die für die Arbeitslosenhilfe. Hingegen steigen Wohn- und Erziehungsgeld, weil die Leistungen zu Beginn dieses Jahres erhöht wurden. Im nächsten Jahr wird zwar das Kindergeld für das erste und zweite Kind auf jeweils 300 DM angehoben. Dies schlägt

⁸ Hierbei handelt es sich vor allem um die Zuschüsse des Bundes an die Postunterstützungskassen.

⁹ Es wird der Beitragssatz zugrunde gelegt, der sich ohne Bundeszuschuss ergeben würde.

sich jedoch nicht bei den Transferzahlungen, sondern im Lohnsteueraufkommen nieder, da das Kindergeld bei dieser Steuer abgesetzt wird.¹⁰ Wie in den Vorjahren dürfte die von den Kommunen getragene Sozialhilfe mit einem Plus von jeweils rund 2 % nur moderat expandieren. Maßgeblich für diese Entwicklung waren und sind die verschiedenen Aktivitäten zur Wiedereingliederung von arbeitslosen Sozialhilfeempfängern in den Arbeitsmarkt („Arbeit statt Sozialhilfe“), aber auch gedeckelte Regelsätze sowie Entlastungen im stationären Bereich infolge der Ausweitung der häuslichen Pflegedienste. Per saldo wird der Anstieg der laufenden Übertragungen in den Jahren 2001 und 2002 auf 5 % bzw. 1 % geschätzt.

Bei den Zinsausgaben kann in diesem Jahr abermals mit einem Rückgang (–1 %) gerechnet werden. Die Entlastungen beruhen darauf, dass die Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen zur Schuldentilgung verwendet wurden. Ein geringer Teil dürfte der Umstrukturierung des Schuldenmanagements zuzurechnen sein; zur Verbesserung des Debt-Managements des Bundes war im vergangenen Jahr eine spezielle Finanzagentur gegründet worden. Der Anstieg der Zinsausgaben wird zudem durch den erhöhten Bundesbankgewinn gedämpft, da dieser ebenfalls zur Schuldentilgung eingesetzt wird. Im nächsten Jahr werden die Zinsausgaben voraussichtlich um 3 ½ % und damit überdurchschnittlich zunehmen.

Die öffentlichen Sachinvestitionen — Bauten und Ausrüstungen — werden abermals sinken, um 2 % bzw. 3 %. Es sind vor allem die steuerreform- und konjunkturbedingten Steuerausfälle, die den Handlungsspielraum im investiven Bereich einschränken. Dies gilt weniger für Bund und Länder als für die Gemeinden, die Hauptinvestor der öffentlichen Hand sind. Viele kommunale Haushalte sind „unterfinanziert“, d. h. sie verfügen nicht über genügend Eigenmittel, um Investitionen zu tätigen. Die Möglichkeiten zur Kreditaufnahme sind aber auch an diese Mittel gekoppelt, denn die Kommunen können ihre Investitionen nur dann über den Kapitalmarkt finanzieren, wenn ihre „Leistungsfähigkeit“ — sie wird von der Kommunalaufsicht anhand der Steuereinnahmen beurteilt — gesichert ist. Auf Bundesebene wird die negative Entwicklung durch das „Zukunftsinvestitionsprogramm“ gedämpft. Dieses Programm wird aus den Einsparungen bei den Zinsausgaben, die durch die Schuldentilgung möglich werden, finanziert und dient insbesondere zur Aufstockung der Investitionen in Schienenwege, Straßen, Hochschulen und in die berufliche Bildung; bei einem gewichtigen Teil dieser Mittel handelt es sich nicht um unmittelbare Investitionsausgaben des Bundes, sondern um Vermögensübertragungen an Dritte. Dennoch ist auch hier im nächsten Jahr, insbesondere bei den Sachinvestitionen, eine rückläufige Entwicklung zu befürchten.

Nach der hier vorgelegten Schätzung werden die Gebietskörperschaften ihre Ausgaben in diesem und im

nächsten Jahr um jeweils knapp 1 % ausweiten. Im Vorjahr hatten die Ausgaben nahezu stagniert.

Entwicklung nach Haushaltsebenen

Trotz der nur schwachen Zunahme bei den Ausgaben werden in diesem Jahr die Defizite von Bund, Ländern und Gemeinden in die Höhe schnellen, voraussichtlich auf reichlich 80 Mrd. DM. Gründe für diese Entwicklung sind die Steuerentlastungen wie auch die konjunkturbedingten Steuerausfälle. Im nächsten Jahr dürften die Haushaltsfehlbeträge bei abermals sehr niedrigen Ausgabenzuwächsen auf 70 Mrd. DM sinken.

Aus heutiger Sicht wird der *Bund* sein Ziel, das Defizit 2001 auf 44 Mrd. DM zu begrenzen, wohl erreichen, obgleich neben den konjunkturbedingten Steuerausfällen höhere Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit zu Buche schlagen. Im nächsten Jahr wird das Defizit in der gleichen Größenordnung liegen; im Haushaltsentwurf sind weniger, nämlich 41 Mrd. DM, eingestellt. In beiden Jahren kann der Bund mit umfangreichen Privatisierungserlösen rechnen, in der Schätzung sind für die Veräußerung von Sachvermögen und Beteiligungen 17 Mrd. DM bzw. 13 Mrd. DM angesetzt. Mit diesen Einnahmen sollen vornehmlich die steigenden Defizite bei den Postunterstützungskassen gedeckt werden; die Bundeszuschüsse hierfür belaufen sich auf knapp 10 Mrd. DM.¹¹

Auf der Ausgabenseite kommt es zu Entlastungen, insbesondere infolge rückläufiger Bundesergänzungszuweisungen an die finanzschwachen westdeutschen Bundesländer sowie geringerer Zahlungen an die Sondervermögen; Letztere werden im nächsten Jahr wieder ausgeweitet. Diese Schwankungen resultieren aus dem Finanzbedarf des Bundeseisenbahnvermögens:¹² In diesem Jahr sollen Einnahmen von reichlich 5 Mrd. DM aus dem Verkauf der Eisenbahn-Wohnungsgesellschaften erzielt werden, die ein geringeres Defizit dieses Sondervermögens und damit niedrigere Bundeszuschüsse bewirken. Im nächsten Jahr wird es dagegen kaum Privatisierungser-

¹⁰ Seit 1996 besteht beim Kindergeld eine Option zwischen Kindergeld, das entweder von den Familienkassen oder vom Arbeitgeber ausgezahlt wird, und steuerlichem Kinderfreibetrag. Im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleichs bzw. der Einkommensteuerveranlagung prüft das Finanzamt, welche Lösung für den Steuerpflichtigen günstiger ist. Anders als in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden die Kindergeldzahlungen in der Finanzstatistik unmittelbar von den Lohnsteuereinnahmen abgesetzt, also „netto“ gebucht.

¹¹ Durch den verstärkten Eintritt von Postbeamten in den Ruhestand steigen zum einen die Versorgungslasten, zum anderen verringern sich die Finanzierungsbeiträge der Postnachfolgeunternehmen.

¹² Das Bundeseisenbahnvermögen hat u. a. die Aufgabe, einen Teil der Personalausgaben und Versorgungsbezüge für das Bahnpersonal zu finanzieren sowie nicht betriebsnotwendige Liegenschaften zu verwerten.

löse geben, so dass der Bund zusätzliche Ausgaben zur Deckung des Defizits des Eisenbahnvermögens leisten muss. Infolge der höheren Fehlbeträge in der Arbeitslosenversicherung steigen die Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherungsträger in diesem Jahr überproportional (knapp 5%), während im nächsten Jahr nur noch geringe Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit erforderlich sein dürften. Der Bund stockte in diesem Jahr die investiven Ausgaben im Zusammenhang mit den Versteigerungserlösen der UMTS-Lizenzen auf. Dennoch dürfte der Haushaltsansatz unterschritten werden. Im nächsten Jahr muss sogar mit rückläufigen Investitionsausgaben beim Bund gerechnet werden. Die Zinsausgaben dürften, wie in den Vorjahren, merklich hinter den Ansätzen im Bundeshaushaltsplan zurückbleiben.

Die finanzielle Situation der *Sondervermögen des Bundes* wird sich verbessern, nachdem hier im vergangenen Jahr ein Defizit hingenommen werden musste. Ausschlaggebend dafür war der starke Rückgang des Bundesbankgewinns, von dem jener Teil, der den Betrag von 7 Mrd. DM überschreitet, nicht an den Bundeshaushalt, sondern unmittelbar an den Erblastentilgungsfonds zur Schuldentilgung fließt. In diesem Jahr hat die Bundesbank immerhin 16,3 Mrd. DM überwiesen, so dass in Höhe von 9 Mrd. DM Schulden getilgt werden können. Für 2002 wird ein Bundesbankgewinn in Höhe von 12 Mrd. DM erwartet, so dass 5 Mrd. DM zur Schuldentilgung eingesetzt werden könnten. Insgesamt dürften die Sondervermögen mit Überschüssen von 8 Mrd. DM bzw. knapp 4 Mrd. DM abschließen.

Einen drastischen Anstieg ihrer Finanzierungsdefizite — von knapp 15 Mrd. DM auf 31 Mrd. DM — müssen in diesem Jahr die Haushalte der *westdeutschen Länder* verkraften, nachdem sich bis dahin ihre Finanzlage infolge wieder steigender Steuereinnahmen und moderater Ausgabenzuwächse schrittweise verbessert hatte. Allein die Einnahmenausfälle durch die Steuerentlastungen dürften bei den westdeutschen Ländern mit 17 Mrd. DM zu Buche schlagen; hinzu kommen die konjunkturbedingten Steuerausfälle. Allerdings haben die westdeutschen Länder im letzten Jahr offensichtlich Rücklagen zur Finanzierung der Steuerreform gebildet. Folgt man den Haushaltsplänen, so sollen in diesem Jahr Rücklagen in Höhe von 7 Mrd. DM aufgelöst werden.¹³ Freilich handelt es sich dabei um einen einmaligen Finanzierungsvorgang, der in der vorliegenden Rechnung nicht berücksichtigt wird,¹⁴ zumal ihm dauerhafte Einnahmefälle gegenüberstehen. Im nächsten Jahr dürften die Defizite der westdeutschen Länder bei nahezu stagnierenden Ausgaben auf 23 Mrd. DM zurückgehen.

Wenn in diesem Jahr die Ausgaben der westdeutschen Länder nicht noch schwächer steigen als hier prognostiziert (1,2 %), so liegt dies daran, dass in Berlin die notleidende Bankgesellschaft Berlin in diesem Jahr eine Kapitalzuführung in Höhe von 4 Mrd. DM benötigt, die als

„Beteiligung“ verbucht wird.¹⁵ Die moderaten Ausgabenzuwächse sind aber auch darauf zurückzuführen, dass die Länder infolge der rückläufigen Steuereinnahmen ihre Zuweisungen an die Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs kürzen: Diese Zuweisungen sind an die Entwicklung der Steuereinnahmen der Länder gekoppelt, wobei die effektive Höhe der Finanzausgleichsmasse in den jeweiligen Ländern davon abhängt, welche Steuern in den Verbund einbezogen werden und wie hoch der Beteiligungssatz („Verbundquote“) angesetzt ist.

Auch die *ostdeutschen Länder* haben in den vergangenen Jahren ihre Haushaltsfehlbeträge verringert. Sie werden von den Steuerausfällen nicht so stark getroffen wie die westdeutschen Länder, so dass sich ihre Defizite in diesem Jahr nur wenig, von 5,6 Mrd. DM auf 7 Mrd. DM, erhöhen dürften. Im nächsten Jahr kann mit einem leichten Rückgang — auf reichlich 5 Mrd. DM — gerechnet werden. Per saldo werden auch hier die Ausgaben kaum steigen.

Nach wie vor ist eine Schätzung der *Gemeindefinanzen* in West und Ost mit dem Problem behaftet, dass kommunale Einrichtungen aus den Kernhaushalten ausgegliedert und als selbständige Einrichtungen bzw. Unternehmen weitergeführt werden. Fraglos wird dadurch der Konsolidierungsprozess auf der Ausgabenseite überzeichnet. Doch sind die Einnahmen ebenfalls davon betroffen, da Gebühreneinnahmen entfallen. Nachdem die *westdeutschen Gemeinden* in den vergangenen Jahren Überschüsse erzielt hatten, werden sie in diesem Jahr voraussichtlich mit einem hohen Defizit (–5 Mrd. DM) abschließen. Auch 2002 muss mit einem — freilich geringen — Minus (1 Mrd. DM) gerechnet werden. Die Steuerausfälle werden wohl zum Teil durch Kürzungen bei den Investitionsausgaben ausgeglichen. Die Finanzlage der *ostdeutschen Gemeinden* wird sich in diesem Jahr ebenfalls verschlechtern, sie werden ein Minus von 1 Mrd. DM hinnehmen müssen. Im nächsten Jahr könnte es indes zu einem geringfügigen Plus kommen. Weiterhin ist ein Abbau der Beschäftigung dringlich, noch immer liegt der Personalstand um ein Fünftel über dem der westdeutschen Gemeinden. Abermals sind rückläufige Investitionsausgaben zu befürchten.

¹³ Vgl. auch Deutsche Bundesbank: Die Entwicklung der Länderfinanzen seit Mitte der neunziger Jahre. In: Monatsbericht Juni 2001, S. 74.

¹⁴ In dieser Rechnung werden die Einnahmen und Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge erfasst. Zu den besonderen Finanzierungsvorgängen gehören die den Haushalt ausgleichenden periodenübergreifenden Finanztransaktionen, vor allem die Zuführung an/Auflösung von Rücklagen sowie die Aufnahme und Tilgung von Kreditschulden.

¹⁵ Vgl. Zuspitzung der Haushaltskrise in Berlin — Ohne Hilfen des Bundes droht Kollaps. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25/2001.

Tabelle 6

Einnahmen und Ausgaben der Sondervermögen des Bundes

	Fonds Deutsche Einheit			Eisenbahn- vermögen			Erblasten- tilgungsfonds			Sonstige Fonds ¹⁾			Insgesamt		
	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung	
Mrd. DM															
Einnahmen	6,5	6,5	6,5	18,4	18,0	17,5	2,6	9,3	5,0	9,3	13,3	13,3	36,8	47,1	42,3
Steuerähnliche Abgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Zuweisungen von															
Gebietskörperschaften	6,5	6,5	6,5	12,7	8,7	13,5	0,9 ³⁾	—	—	0,2	0,2	0,2	20,3	15,4	20,2
Veräußerung von Vermögen	—	—	—	5,3	5,3	—	—	—	—	—	—	—	5,3	5,3	—
Sonstige ⁴⁾	—	—	—	0,4	4,0	4,0	1,7 ²⁾	9,3 ²⁾	5,0 ²⁾	9,0	13,0	13,0	11,1	26,3	22,0
Ausgaben	5,7	5,8	5,8	18,4	18,0	17,5	1,7	1,7	1,7	14,3	13,9	13,7	40,1	39,4	38,7
Personalausgaben	—	—	—	15,2	15,0	14,7	—	—	—	—	—	—	15,2	15,0	14,7
Laufender Sachaufwand	—0,1	—	—	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	—	—	—	0,4	0,5	0,5
Zinsausgaben	5,8	5,8	5,8	—	—	—	—	—	—	2,3	2,3	2,3	8,1	8,1	8,1
Laufende Zuweisungen	—	—	—	2,9	2,7	2,5	1,5	1,5	1,5	0,5	0,5	0,5	4,9	4,7	4,5
Gebietskörperschaften	—	—	—	—	—	—	1,5	1,5	1,5	—	—	—	1,5	1,5	1,5
Unternehmen	—	—	—	2,9	2,7	2,5	—	—	—	0,3	0,3	0,3	3,2	3,0	2,8
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Vermögensübertragungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Darlehen u. a.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11,1	10,7	10,5	11,1	10,7	10,5
Finanzierungssaldo	0,8 ⁵⁾	0,7 ⁵⁾	0,7 ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	0,9 ⁵⁾	7,6 ⁵⁾	3,3 ⁵⁾	—5,0	—0,6	—0,4	—3,3	7,7	3,6

¹⁾ ERP, LAF, Entschädigungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle. — ²⁾ Einschließlich Mehreinnahmen aus Bundesbankgewinn. — ³⁾ Von 1999 an werden die Zinszahlungen direkt aus dem Bundeshaushalt geleistet. — ⁴⁾ Bei ERP einschließlich Einnahmen aus Krediten und Rückzahlung von Krediten. — ⁵⁾ Überschüsse werden zur Tilgung verwendet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Schätzung des DIW Berlin.

Finanzpolitische Überlegungen

In diesem Jahr gehen von den Haushalten der Gebietskörperschaften kräftige expansive Impulse auf die Gesamtwirtschaft aus, nach überschlägigen Berechnungen belaufen sie sich auf 0,4 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts. Die Defizite von Bund, Ländern und Gemeinden steigen von 62 Mrd. DM auf voraussichtlich über 80 Mrd. DM. Aus konjunktureller Sicht sind die vorgezogenen Steuerentlastungen in diesem Jahr — etwa 45 Mrd. DM — zum richtigen Zeitpunkt gekommen. Freilich verblasst ihre gesamtwirtschaftliche Wirkung durch die kräftig gestiegenen Ölpreise, die weit mehr private Kaufkraft als ursprünglich erwartet abschöpfen.¹⁶ Auch wird die Wirkung der Steuerreform durch Kürzungen auf der Ausgabenseite erheblich gedämpft. Infolge der reformbedingten Steuerausfälle geraten insbesondere die Kommunen in Finanzierungsnot, da sie vielfach keine andere Wahl haben, als mit dem Rotstift im investiven Bereich auf das Minus bei den Einnahmen zu reagieren. Nicht nur verringern sich ihre Steuereinnahmen, auch die Zuweisungen der Länder an die Gemeinden sinken, weil sie an die Steuereinnahmen gekoppelt sind.

Die Steuerausfälle sind so hoch, dass auch im nächsten Jahr mit einem Rückgang der investiven Ausgaben gerechnet werden muss — und dies, obwohl der Bund seine Zinsersparnisse infolge der UMTS-Erlöse überwie-

gend zur Aufstockung seiner zukunftsorientierten Ausgaben — Forschung, Bildung, Verkehrsinfrastruktur — verwendet. Allerdings wäre es voreilig, hieraus bereits auf einen expansiven Effekt für die Gesamtwirtschaft zu schließen, denn die hohen Ausgaben für den Erwerb der Mobilfunklizenzen schränken den Spielraum der Unternehmen für weitere Investitionen ein. Zugleich können sie Abschreibungen bilden, die das Steueraufkommen von Bund und Ländern — und damit wiederum deren Ausgabenspielraum — schmälern. Alles in allem dürften im kommenden Jahr von Bund, Ländern und Gemeinden restriktive Einflüsse auf die Gesamtwirtschaft ausgehen: Weitere Steuerentlastungen treten nicht in Kraft, während auf der Ausgabenseite der Konsolidierungskurs beibehalten wird.

Das DIW Berlin hatte sich kürzlich gegen ein Vorziehen der für 2003/2005 geplanten Steuerentlastungen ausgesprochen,¹⁷ das von vielen angesichts der konjunkturellen Stagnation gefordert wird. Von einer solchen Maßnahme sollte nur im Falle einer drohenden Rezession Gebrauch gemacht werden. Aus heutiger Sicht ist diese Gefahr eher

¹⁶ Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2001/2002. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 28-29/2001.

¹⁷ Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung, a. a. O.

unwahrscheinlich. Vielmehr wird bereits im weiteren Jahresverlauf mit einem Anziehen der Konjunktur gerechnet. Dessen ungeachtet müssen die schwierigen finanziellen Verhältnisse von Bund, Ländern und Gemeinden berücksichtigt werden, denn bereits die jüngsten Steuersenkungen belasten die öffentlichen Haushalte erheblich. Noch am ehesten wäre es dem Bund möglich, Kredite zur Finanzierung der zusätzlichen Steuersenkungen aufzunehmen. Große Schwierigkeiten hätten viele Länder und mehr noch die Gemeinden. Ein weiterer Verfall der öffentlichen Investitionstätigkeit wäre die Konsequenz.

Bereits heute hat das Investitionsvolumen der öffentlichen Hand ein besorgniserregend niedriges Niveau erreicht. Eine Änderung wird letztlich nur durch eine Reform des Gemeindefinanzsystems erreicht werden können, denn es sind die Gemeinden, die den größten Teil der Infrastrukturinvestitionen tätigen. Zugleich sind sie aufgrund des kommunalen Haushaltsrechts, aber auch infolge der Zuweisungspraxis der Länder gezwungen, sich prozyklisch zu verhalten. Eine Reform der Gemeindefinanzen sollte die finanzielle Eigenständigkeit der Gemeinden erhöhen und ihren Anteil am Steueraufkommen vergrößern. Offensichtlich hat man in der Politik eine kommunale Wertschöpfungssteuer als Reformoption aufgegeben. Mit der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer ist ein weiteres Element des Gewerbesteuersystems entfallen, so dass auch eine Revitalisierung der Gewerbesteuer bei realistischer Sichtweise nicht mehr in Betracht kommt. Als Möglichkeit verbliebe ein höherer Anteil an der Umsatzsteuer; gegenwärtig liegt der Gemeindeanteil bei 2,2 %.

Eine stärkere Beteiligung an der Umsatzsteuer böte zugleich den Vorteil, dass die Steuereinnahmen der Gemeinden weniger stark schwanken, denn die Umsatzsteuern reagieren weniger stark auf konjunkturelle Bewegungen als die Einkommen- oder gar die Gewerbesteuer. In Anbetracht der fortgesetzten Aushöhlung der kommunalen Einnahmenbasis — in den Jahren 2003 und 2005 wird es weitere Steuerausfälle geben — und des Niedergangs der kommunalen Investitionstätigkeit in den vergangenen Jahren hält das DIW Berlin einen kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer in Höhe von 5 % für durchaus angemessen. Dies würde den Kommunen Mehreinnahmen von 8 ½ Mrd. DM verschaffen. Damit wäre es möglich, dass die öffentlichen Investitionen wieder auf einen höheren Pfad einschwenken. Eine Voraussetzung wäre freilich, dass sich Bund und Länder über eine „faire“ Lastenteilung einigten, denn ein höherer Kommunalanteil müsste von ihnen getragen werden. Die Kompensation der Einnahmeherausfälle auf Bundes- und Länderebene könnte über eine Anhebung der Steuersätze bei der Mehrwertsteuer oder aber über eine höhere Kreditaufnahme erfolgen. Angesichts der schwachen Konjunktur sollte kurzfristig die zweite Variante präferiert werden.

Eine höhere Kreditaufnahme steht auf den ersten Blick nicht im Einklang mit dem europäischen Stabilitäts- und

Wachstumspakt. Allerdings wären das Ausmaß der zusätzlichen Verschuldung und die damit einhergehende Verzögerung bei der Erfüllung der Defizitziele von relativ geringem Gewicht. Ohnedies besteht der Eindruck, dass die Bundesregierung sich an einem viel zu ehrgeizigen Stabilitätsprogramm orientiert und der geplante rasche Defizitabbau einen Handlungsdruck erzeugt, der die Wirtschaft zu stark bremst. Eine solche Restriktion ist vor allem dann schädlich, wenn sich die Wirtschaft in einer labilen Phase befindet. Denn dann besteht die Gefahr, dass infolge der schmaleren gesamtwirtschaftlichen Basis die Defizitquote einen höheren Wert als geplant annimmt und finanzpolitischer Handlungsbedarf in die falsche Richtung — nämlich Maßnahmen zur Begrenzung der Defizitquote — suggeriert wird.

Doch nicht nur aus diesem Grunde muss eine „rechnerisch“ höhere Defizitquote hingenommen werden. Auch geht es darum, das gesamtwirtschaftliche Leistungspotential zu vergrößern. Hierzu sollte die Finanzpolitik einen Beitrag leisten, indem der Spielraum auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte ausgeweitet wird. Mehrausgaben würden zur Stärkung der Wachstumskräfte beitragen, jedenfalls dann, wenn sie investiven Charakter tragen. Auch die zusätzlichen Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit verhindern, dass die Finanzpolitik den Abschwung verstärkt, wenn diese zusätzlichen Belastungen nicht durch Ausgabenkürzungen an anderer Stelle kompensiert werden. Aber auch konjunkturbedingten Steuerausfällen darf nicht mit dem Rotstift auf der Ausgabenseite begegnet werden. Deshalb sollte das Stabilitätsprogramm, das die Bundesregierung jährlich dem ECONFIN-Rat vorlegen muss,¹⁸ so konzipiert sein, dass die Finanzpolitik flexibler auf veränderte gesamtwirtschaftliche Konstellationen reagieren und konjunkturbedingt höhere Defizite hinnehmen kann. Es wäre nur konsequent, wenn der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt dahingehend interpretiert würde, dass es nicht um das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts schlechthin geht, sondern darum, strukturelle Ungleichgewichte in den öffentlichen Haushalten mittelfristig zu beseitigen.

Die jüngste Kritik der EU-Kommission an der Defizitentwicklung in Deutschland kommt zum falschen Zeitpunkt. Folgte man ihr, würde die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung erschwert und möglicherweise das Gegenteil von dem erreicht, was der EU-Kommission vorschwebt. Eine Konsolidierung der Staatsfinanzen ist in einem anhaltenden Aufschwung eher möglich als in einer Periode nur schwacher Wirtschaftstätigkeit. Die Kritik ist aber auch sachlich nicht gerechtfertigt, denn ein gewichtiger Teil der hohen Defizite ist auf die Steuer- und Beitragssenkungen

¹⁸ Nach den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind die Euro-Teilnehmerstaaten verpflichtet, dem ECONFIN-Rat jährlich aktualisierte Stabilitätsprogramme vorzulegen. Der ECONFIN-Rat gibt zu diesen Programmen eine Stellungnahme ab.

zurückzuführen. Sie wiederum stärken Konjunktur und Wachstum — die hiervon ausgehenden Wirkungen sind für sich genommen weit höher zu veranschlagen als mögliche Zinseffekte, die sich als Folge der höheren Defizite einstellen.

Fazit: In Anbetracht der unbefriedigenden Wirtschaftsentwicklung und der daraus resultierenden Folgen für die öffentlichen Haushalte muss das deutsche Stabilitätsprogramm revidiert werden. Die sehr ehrgeizigen Konsolidierungsziele sind gesamtwirtschaftlich nicht zu rechtfertigen, es besteht die Gefahr, dass nach dem Abklingen der Wirkungen der Steuerreform von den öffentlichen Haushalten zu starke restriktive Impulse ausgehen. Vonnöten sind jedoch keine kurzfristig wirkenden, allenfalls Strohfeuer entfachenden „Konjunkturprogramme“, sondern eine langfristig angelegte Infrastrukturoffensive. Hierzu ist eine Umverteilung von Finanzmitteln zugunsten der Gemeinden erforderlich. Zugleich müssen die Anstrengungen, „konsumtive“ Ausgaben zugunsten investiver umzuschichten, verstärkt werden.

Russische Direktinvestitionen in der Ukraine

Für ausländische Investoren bestehen nach wie vor nur geringe Anreize zu Direktinvestitionen in der Ukraine. Das trifft prinzipiell auch für Investoren aus Russland zu. In ausgewählten Bereichen nutzen russische Investoren ihren „Informationsvorsprung“ gegenüber westlichen Unternehmen. Sie besitzen Erfahrungen mit intransparenten und instabilen Investitionsbedingungen in ihrem eigenen Land sowie mit Netzwerkbeziehungen aus den Zeiten der Sowjetunion. Der Anteil Russlands an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen in der Ukraine ist vergleichsweise gering. Russische Investoren haben jedoch in einzelnen Sektoren eine dominierende Position erlangt. Ihr besonderes Interesse galt bisher der Brennstoffindustrie, die stark auf Importe aus Russland angewiesen ist.

Ukrainische Medien warnen bisweilen vor einer angeblich drohenden Kontrolle der ukrainischen Wirtschaft durch Russland. Der vorliegende Bericht macht jedoch deutlich, dass sich diese Befürchtungen kaum belegen lassen.

Der Stellenwert Russlands bei den ausländischen Direktinvestitionen

Obwohl die ausländischen Direktinvestitionen in der Ukraine im Jahre 2000 knapp viermal so hoch waren wie 1994 (151 Mill. US-\$), wies die Ukraine dabei mit 67 US-\$ pro Kopf noch einen der niedrigsten Werte unter den Transformationsländern auf (Tabelle 1). Im Zusammenhang mit der Finanzkrise Ende 1998, bei der die Hrywnia innerhalb eines Monats 34,4 % ihres Wertes gegenüber dem US-Dollar verloren hatte,¹ waren die ausländischen Direktinvestitionen kurzfristig eingebrochen. Sie fielen von 747 Mill. US-\$ im Jahre 1998 auf 489 Mill. US-\$ im Jahre 1999. Bereits im darauf folgenden Jahr stiegen sie jedoch wieder. Weltweite Erfahrungen bestätigen, dass Direktinvestitionen von Finanzkrisen weniger beeinflusst werden als andere Kapitalzuflüsse.²

Hohe Risiken für Investoren, ausufernde Korruption und ein ausgeprägtes Rent-Seeking in staatlichen Institutionen erschweren maßgeblich die Tätigkeit ausländischer Investoren. Die institutionellen Rahmenbedingungen sind unzureichend, und die Entscheidungen hängen in hohem Grade von einflussreichen Einzelpersonen ab. Instabilität und Intransparenz von Regeln führen zu erheblichen Informationsasymmetrien. In dieser Hinsicht ähneln die Verhältnisse in der Ukraine denen in Russland und sind daher für russische Investoren vertrauter als für

Investoren aus westlichen Ländern. Investoren aus postsowjetischen Staaten haben aufgrund der eigenen Erfahrungen einen gewissen „Informationsvorsprung“. Dies gilt auch für die Kenntnis der bestehenden Industriestrukturen und Unternehmen, die gemeinsame Sprache sowie das vorhandene Netzwerk persönlicher Bekanntschaften und Beziehungen. Alles dies vermindert die Risiken für Investoren aus Russland. Schließlich ist zu beobachten, dass sich russische Unternehmen und Banken nach einer gewissen Konsolidierung ihres Vermögens³ zunehmend für Investitionen und Akquisitionen in der Ukraine interessieren. In der Tat hat sich seit 1994 nach ukrainischen Angaben der Anteil russischer Unternehmen an den ausländischen Direktinvestitionen in der Ukraine mehr als verdoppelt (Tabelle 2); nach wie vor kommt aber der überwiegende Teil aus anderen Ländern.

¹ Im Verlaufe des Jahres 1999 wertete die Hrywnia um weitere 34 % ab.

² Vgl. Robert E. Lipsey: Foreign Direct Investors in Three Financial Crises, in: NBER Working Paper 8084, January 2001.

³ Die Umverteilung von Ressourcen ist in vielen Bereichen des realen Sektors der russischen Wirtschaft bereits zu einem gewissen Abschluss gekommen.

Tabelle 2

Ausländische Direktinvestitionen in die ukrainische Wirtschaft (kumuliert) in Mill. US-\$

	Insgesamt	darunter aus Russland	
		Mill. US-\$	%
1994	483,5	19,1	4,0
1995	896,9	50,0	5,6
1996	1 438,2	106,2	7,4
1997	2 063,6	152,6	7,4
1998	2 810,7	187,2	6,7
1999	3 281,8	287,7	8,8
2000	3 865,5	314,3	8,1

Quellen: Ministerium für Statistik der Ukraine; S. I. Pirožkov et al.: „Ukraina-Rossija: Problemi ekonomičeskogo vzaimodejstvija“, Kiew, 2000, <http://www.niurr.gov.ua>

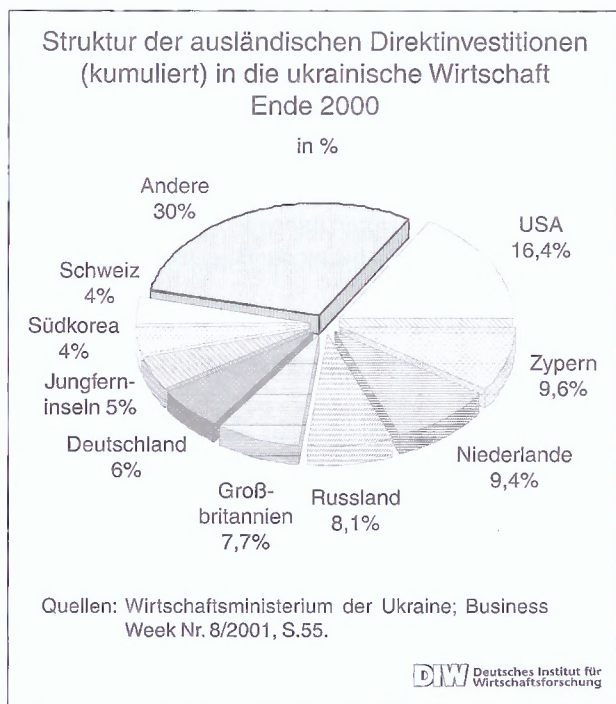
Tabelle 1

Ausländische Direktinvestitionen in Transformationsländern im Jahre 2000 in US-\$ je Einwohner

Länder mit dem höchsten Niveau		Länder mit dem geringsten Niveau	
Tschechien	1 885	Usbekistan	28
Ungarn	1 599	Tadschikistan	31
Estland	1 389	Ukraine	67

Quelle: EBRD Transition Report Update, April 2001.

Abbildung 1

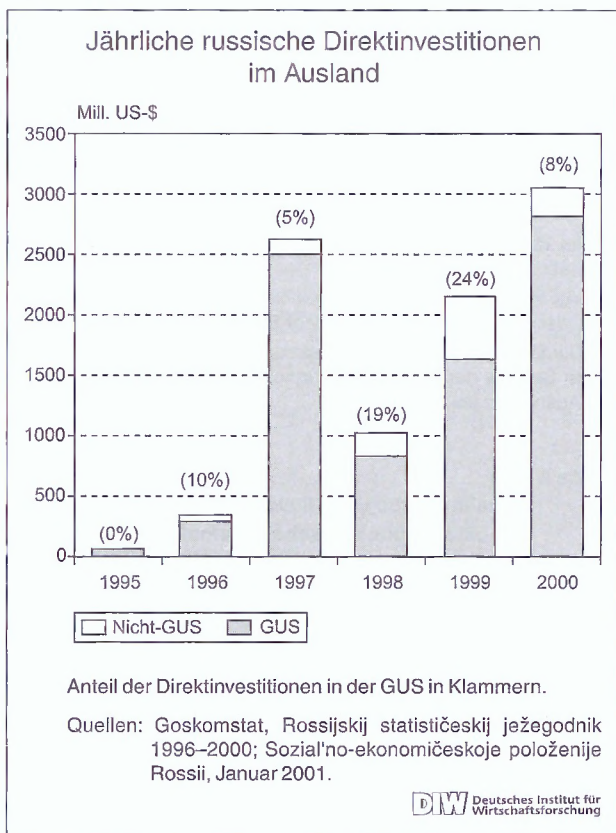


ten Rang unter den ausländischen Investoren ein (Abbildung 1). Berücksichtigt man, dass die Direktinvestitionen aus Zypern im Wesentlichen Investitionen russischer und ukrainischer Off-shore-Unternehmen sind, so spielen die russischen Unternehmen bei Direktinvestitionen eine größere Rolle als es in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt (Tabelle 2).

Welche Bedeutung die Ukraine als Investitionsstandort aus der Sicht russischer Unternehmen hat, ist schwer zu ermitteln, da die vorliegenden Daten über die regionale Struktur russischer Auslandsinvestitionen nicht mit den ukrainischen Angaben vergleichbar sind. Der GUS-Raum war insgesamt zwischenzeitlich für russische Investoren von großer Bedeutung — sein Anteil an den jährlichen russischen Direktinvestitionen im Ausland betrug 1998 knapp 20 % und 1999⁴ gut 24 %; im Jahre 2000 war sein Anteil jedoch mit 8 % deutlich geringer (Abbildung 2).

Regional disaggregiert stehen lediglich Daten über die russischen Direktinvestitionen in die so genannten produktiven Bereiche⁵ der GUS-Volkswirtschaften zur Verfügung. Die meisten dieser Investitionen flossen nach Belarus und Moldavien, die Ukraine folgt hier erst an dritter Stelle.⁶

Abbildung 2



Dominanz in wenigen Bereichen — die Struktur der russischen Investitionen in der Ukraine

Wie aus der Abbildung 3 deutlich wird, hat in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ein deutlicher Wandel in der sektoralen Struktur der russischen Direktinvestitionen in der Ukraine stattgefunden. Entfielen 1996 nach ukrainischen Angaben noch über 54 % (57,8 Mill. US-\$) aller kumulierten russischen Direktinvestitionen auf den Gesundheitssektor⁷ und über 12 % auf den Bereich Transport und Kommunikation, so überwiegen seit 1999 die Investitionen in die Industrie. Im Jahre 2000 absorbierte die Industrie bereits über 52 % (164,5 Mill. US-\$) aller kumulierten russischen Direktinvestitionen in der Ukraine, während sich die Direktinvestitionen beispielsweise in den Ge-

⁴ Goskomstat, Rossijskij statističeskij ežegodnik, Ausgaben 1996–2000 und Social'no ekonomičeskoje položenije Rossii, Januar 2001.

⁵ Ohne Investitionen in den Finanzsektor. Dies erklärt allerdings nicht vollständig die große Diskrepanz zwischen den ukrainischen und den russischen Angaben über die russischen Direktinvestitionen in der Ukraine. Offensichtlich unterscheiden sie sich auch in der Art und Weise der Kumulation.

⁶ 1999 und 2000 entfielen auf Belarus 88 % beziehungsweise 82 % der kumulierten russischen Direktinvestitionen in die produktiven Bereiche der GUS (Tabelle 3). Die vergleichsweise hohen Summen sind nicht die Folge von Beteiligungen, wie häufig vermutet wird, sondern erklären sich in erster Linie aus Investitionen von Gazprom in die über Belarus führende Transitgaspipeline.

⁷ Insbesondere wurde in Sanatorien auf der Krim, dem traditionellen Urlaubsgebiet russischer Bürger investiert.

Mit kumulierten Direktinvestitionen von insgesamt 314 Mill. US-\$ nahm Russland zum Jahresende 2000 hinter den USA, Zypern und den Niederlanden den vier-

Tabelle 3

Russische Direktinvestitionen (kumuliert) in der GUS¹⁾
in Mill. US-\$

	1995 ²⁾	1996 ²⁾	1997	1998	1999	2000
GUS	0,73	0,64	7,62	175,42	555,63	686,15
davon:						
Aserbaidshan	0,00	0,00	0,04	0,44	0,17	0,01
Armenien	0,00	0,00	0,00	0,00	0,02	0,00
Weißrussland	0,02	0,01	0,28	107,56	490,23	563,93
Georgien	—	0,00	0,00	0,02	0,41	0,38
Kasachstan	0,06	0,33	0,40	3,25	2,18	3,24
Kirgisien	0,01	0,01	0,01	0,09	0,00	0,00
Moldawien	—	—	—	52,08	52,00	79,85
Tadschikistan	0,02	0,09	0,09	0,05	0,02	0,02
Turkmenien	—	0,00	0,00	0,00	0,00	0,12
Usbekistan	0,39	0,03	0,63	0,64	0,36	0,27
Ukraine	0,22	0,17	6,17	11,82	10,24	38,33

¹⁾ Ohne Investitionen in den Finanzsektor. — ²⁾ Die Zahlen für die GUS wurden mit Wechselkursen aus dem EBRD Transition Report 2000 in US-\$ umgerechnet.

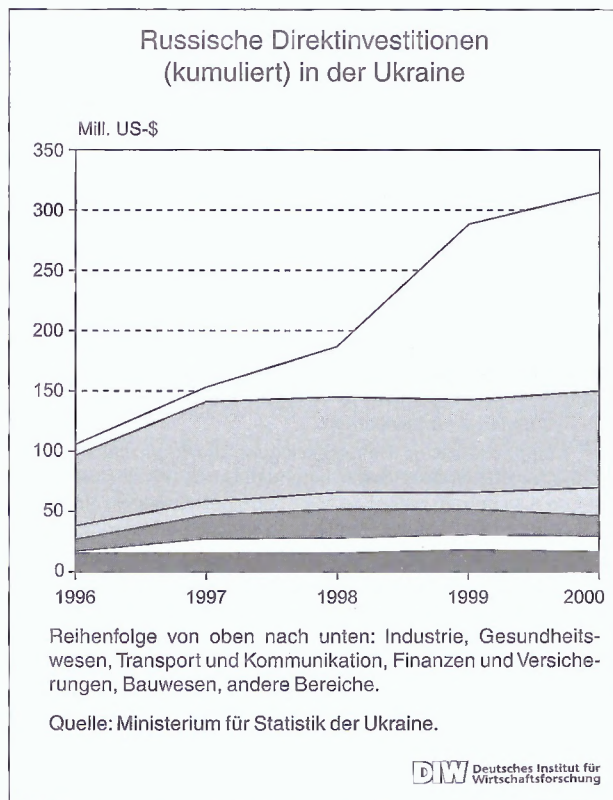
Quellen: Goskomstat, Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996–2000; Sozial'no-ekonomičeskoje položenije Rossii, Januar 2001.

sundheitssektor nur geringfügig erhöhten.⁸ Die Industrie erlangte für russische Investoren nun den gleichen Stellenwert wie für die ausländischen Investoren insgesamt.⁹ Eine mögliche Erklärung für den „verspäteten“ Zuwachs an russischen Direktinvestitionen in die ukrainische Industrie kann in der zögerlichen Freigabe von Großunter-

nehmen in so genannten strategischen Bereichen der Industrie zur Privatisierung an ausländische Investoren liegen, für die ein vorrangiges Interesse russischer Investoren besteht. Möglicherweise spielt aber auch eine Rolle, dass sich russische Großunternehmen noch nicht in ausreichendem Maße konsolidiert hatten, um in stärkerem Umfange Auslandsinvestitionen zu tätigen.

Das Interesse russischer Unternehmen an Schlüsselbereichen lässt sich auch an der Struktur der Direktinvestitionen in die ukrainische Industrie ablesen (Abbildung 4). Diese Struktur unterlag einem signifikanten Wandel. Seit 1998 richteten sich die Direktinvestitionen im Wesentlichen auf den Brennstoffsektor. Während in den Vorjahren der Anteil dieses Sektors unter 1 % lag, stieg er 1998 auf rund 72 %. Ende 2000 absorbierte der Brennstoffsektor bereits rund 94 % der kumulierten russischen Direktinvestitionen in die ukrainische Industrie bzw. 52 % aller russischen Direktinvestitionen in die ukrainische Wirtschaft. Andere Industriesektoren sind demgegenüber eher unbedeutend. Bis Ende 1997 waren in den Bereich Maschinenbau und Metallverarbeitung Direktinvestitionen in Höhe von etwa 5 Mill. US-\$¹⁰ geflossen. Danach fanden keine weiteren Direktinvestitionen russischer Unternehmen in diesen Sektor statt, so dass auf ihn im Jahre 2000 nur 2,2 % der kumulierten russischen Direktinvestitionen in die ukrainische Industrie entfielen. Die Nahrungsgüterindustrie,

Abbildung 3

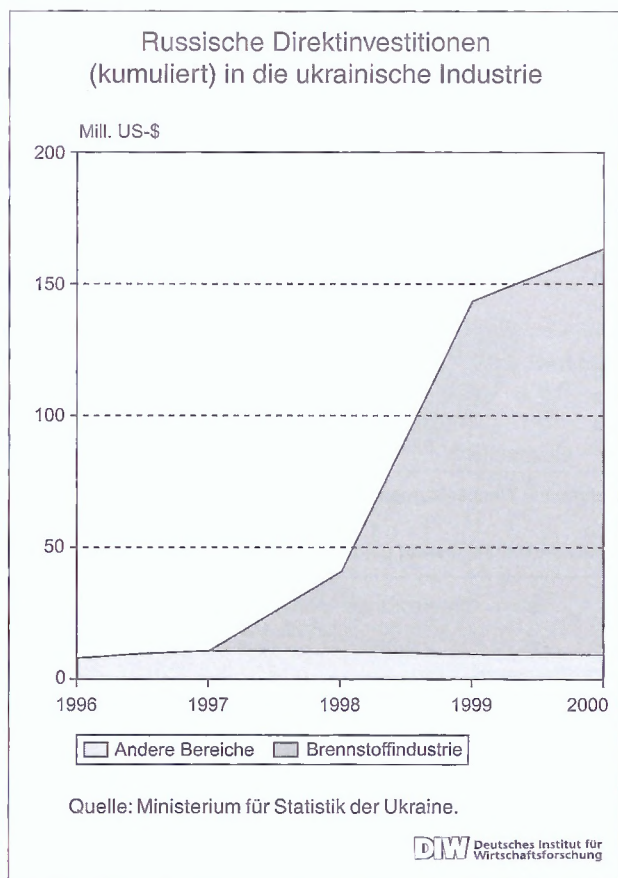


⁸ Die kumulierten russischen Direktinvestitionen in den ukrainischen Gesundheitssektor beliefen sich 2000 auf 77,9 Mill. US-\$.

⁹ Unter den gesamten kumulierten ausländischen Direktinvestitionen hatte die Industrie schon seit 1996 Priorität. In diesen Bereich flossen damals 50 % aller kumulierten ausländischen Direktinvestitionen, Ende 2000 waren es 53 %.

¹⁰ Das entsprach 43 % der russischen Direktinvestitionen in die ukrainische Industrie.

Abbildung 4



insgesamt an dritter Stelle, absorbierte im Jahre 2000 nur 1,5 % der kumulierten russischen Direktinvestitionen in die ukrainische Industrie.

Der Brennstoffsektor ist sowohl für die ukrainische Wirtschaft als auch für das Verhältnis zwischen der Ukraine und Russland von strategischer Bedeutung. Die ukrainische Wirtschaft ist einerseits durch einen hohen Anteil energieintensiver Zweige charakterisiert, deren Brennstoff-Inputs weitgehend importiert werden müssen. In den 90er Jahren importierte die Ukraine über 50 % ihres gesamten Primärenergiebedarfs. Der weitaus größte Teil der Importe kam aus Russland.¹¹ Andererseits besitzt die Ukraine derzeit noch eine Monopolstellung für den Transport von russischem Erdgas und Erdöl nach West- und Südwesteuropa, weil alle existierenden Pipelines durch ihr Gebiet führen.

Innerhalb des Brennstoffsektors war bisher die Erdöl verarbeitende Industrie das Hauptziel russischer Investoren. Zwei von insgesamt sechs Unternehmen, für deren Erwerb seit 1999 russische Investoren (Lukoil und TNK¹²) in Tenderverfahren den Zuschlag erhielten, sind Erdölraffinerien. Damit befinden sich 39 % der ukrainischen Raffinerie-Kapazitäten im Eigentum russischer Unternehmen.¹³ Allerdings wurden sie im Jahre 2000 nur zu

19 % ausgelastet, da der Mineralölverbrauch in der Ukraine seit 1992 drastisch geschrumpft ist. Darüber hinaus wurden im Erdöl und Erdgas verarbeitenden Sektor eine Reihe russisch-ukrainischer Joint Ventures gegründet, die Mehrheitsanteile an ukrainischen Unternehmen erwarben. Andere Akquisitionen betrafen insbesondere die Metallurgie (Metallurgiewerk Donetsk, Aluminiumproduktion in Mykolajew und Zaporizja) und die Chemie-Industrie (Rivneazot).¹⁴

Höhere Wertschöpfung und Marktanteile — Motivation für russische Investoren

Bei ihrem Engagement in der Ukraine knüpfen russische Unternehmen häufig an die historischen, zu Sowjetzeiten aufgebauten vertikalen Produktionsbeziehungen zwischen Unternehmen beider Staaten an. Die genannten Akquisitionen sind Beispiele für Investitionen in einzelne Fertigungsstufen, die für die russischen Unternehmen einen Teil der vertikalen Struktur darstellen. Angesichts hoher Unsicherheiten scheinen die russischen Unternehmen in der Ukraine, wie auch in Russland, in Bereichen mit einer großen Komplexität von Vertragsbeziehungen und hohen spezifischen Investitionen nicht auf rein vertragliche Lieferbeziehungen zu vertrauen. Statt dessen ziehen sie den Erwerb von Unternehmensbeteiligungen vor. So vertieften beispielsweise die russischen Erdölkonzerne TNK und Lukoil, die beide nicht über ausreichende eigene Erdöl-Verarbeitungskapazitäten verfügten, mit dem Erwerb ukrainischer Raffinerien ihre „Downstream“-Integration.¹⁵ Die Unternehmen Awtomas und Sibirskij Aluminium hingegen erweiterten mit den erworbenen ukrainischen Unternehmen (Aluminiumwerke in Zaporizja und Mykolajew) ihre „Upstream“-Kapazitäten. Auf diese Weise werden vertikale Integrationsstrukturen aufgebaut, bestehend aus Unternehmen, die unter anderen Voraussetzungen und in einer anderen Form bereits zu sowjetischen Zeiten errichtet worden waren.

¹¹ Erdgasimporte aus Turkmenistan wurden immer wieder zeitweilig gestoppt aufgrund der Zahlungsrückstände der Ukraine. Erdöl wurde teilweise auch aus Kasachstan importiert.

¹² Tyumen Erdölunternehmen.

¹³ Unter zusätzlicher Berücksichtigung der Kapazität der Raffinerie Kremenchuk, die von einem russisch-ukrainischen Joint Venture (UkrTatneft) betrieben wird, betreiben russische Unternehmen nahezu zwei Drittel der gesamten Erdöl verarbeitenden Kapazitäten der Ukraine. Eine weitere ukrainische Raffinerie (in Cherson) befindet sich im Besitz des kasachischen Ölunternehmens Kasachoil. Die gegenwärtige Raffineriekapazität der Ukraine beträgt 51 Mill. t pro Jahr.

¹⁴ Der Erwerb der drei letztgenannten Unternehmen erfolgte erst 2001.

¹⁵ Eine Rolle für den Erwerb der Raffinerien hat sicher auch die Tatsache gespielt, dass bei zunächst reinen Tolling-Verträgen ukrainische Raffinerien ihren Lieferverpflichtungen nur mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen nachgekommen sind.

Lukoils Beteiligungen in der Ukraine – ein Schritt auf dem Weg in internationale Märkte

Das Engagement von LukOil in der Ukraine ist Bestandteil der langfristigen Strategie des Unternehmens¹ zur Internationalisierung und Erhöhung der Wertschöpfung. Es förderte 2000 nach eigenen Angaben in Russland 62,2 Mill. t Erdöl (etwa ein Fünftel der russischen Gesamtförderung), wovon nur etwa die Hälfte durch das Unternehmen selbst weiterverarbeitet wurde. 29,7 Mill. t Rohöl wurden exportiert (rund 16 % der russischen Rohölexporte), jedoch nur 4,1 Mill. t Mineralölprodukte.² Durch den Erwerb von Raffinerien befinden sich gegenwärtig bereits mehr als ein Drittel der Raffineriekapazitäten von Lukoil in Osteuropa (Rumänien, Bulgarien, Ukraine).

In der Ukraine hat LukOil teilweise gemeinsam mit ukrainischen Firmen oder ukrainisch-russischen Joint Ventures mehrere Unternehmen gegründet (u. a. LukOil-Ukraina, LukOil-Cherson, LukOil-Krim), über die LukOil Beteiligungen an Raffinerien, Erdöl-Lieferfirmen und Tankstellennetzen hält. Nach Erwerb der Erdölraffinerie in Odessa investierte Lukoil 1,2 Mill. US-\$ in die Modernisierung und erzielte im Jahre 2000 mit rund 35 % den höchsten Auslastungsgrad unter allen ukrainischen Raffinerien. Dennoch ist das Unternehmen seinen im Privatisierungsvertrag festgeschriebenen Verpflichtungen, jährlich 2,4 Mill. t Erdöl in der Raffinerie zu verarbeiten, nicht nachgekommen. Die Gründe liegen in erster Linie in der nicht ausreichenden Nachfrage nach Mineralölprodukten geringer Verarbeitungsstufen. LukOil fordert deshalb eine Revision der entsprechenden Vereinbarung des Privatisierungsvertrags und bietet im Gegenzug an, in den nächsten drei Jahren weitere 4 bis 5 Mill. US-\$ in die Modernisierung der Raffinerie zu investieren. LukOil investiert auch in sein ukrainisches Tankstellennetz. Einschließlich des Netzes von LukOil-Krim besitzt das Unternehmen bereits 73 Tankstellen in der Ukraine, in die es innerhalb des letzten Jahres 4,4 Mill. US-\$ investierte. Die Zahl der unternehmenseigenen Tankstellen soll in den nächsten drei Jahren auf 150 erweitert werden, was einen Marktanteil von 20 % am ukrainischen Mineralölumsatz bedeuten würde.³

¹ LukOil befindet sich vorrangig in privatem Besitz, der Staat hält gegenwärtig noch 26 % der Aktien.

² LukOil, *Godovoj otčet 2000* und *Oil & Gas Journal*, 19 March 2001, S. 24.

³ www.interfax.kiev.ua/secure/go.cgi?2,30,20010808012

In der UdSSR waren die Erdöl-Verarbeitungskapazitäten — weit entfernt von den Erdöl-Fördergebieten — in der Nähe von industriellen Ballungsgebieten aufgebaut worden. Der Erwerb unterausgelasteter Raffineriekapazitäten scheint für russische Erdölunternehmen angesichts eigener Kapazitätsengpässe kostengünstiger zu sein als ein Kapazitätsneubau. Darüber hinaus sind die Transportwege von ukrainischen Standorten zu anderen ost- und südosteuropäischen Märkten kürzer (strategische Lage für die Gewinnung und Sicherung von Marktanteilen).

Lohnkostenvorteile scheinen hingegen für russische Unternehmen kein gewichtiger Anreiz für Direktinvestitionen in der Ukraine zu sein, da einerseits mit der Privatisierung meist Auflagen verbunden waren, die bisherige Beschäftigtenzahl nicht zu verringern, und andererseits die Löhne in anderen GUS-Staaten wesentlich niedriger sind.

Gleichzeitig scheint es symptomatisch, dass in erster Linie solche privaten russischen Großunternehmen Investitionsinteresse zeigen, die sich als künftige „global player“ verstehen und nach Ausweitung ihrer Marktanteile außerhalb Russlands streben. Das Engagement russischer Investoren in der Ukraine ist vorrangig auf Bereiche orientiert, die gegenwärtige oder künftige Exportmöglichkeiten offerieren.

Wirtschaftliche Folgen der russischen Investitionen für die Ukraine

Ausländische Investitionen spielen in den Transformationsökonomien nicht nur aus der Sicht der Überwindung von Kapitalmangel eine Rolle, sondern sie sind von besonderer Bedeutung für den Erwerb von technologischem und unternehmerischem Know-how.¹⁶ Die auf den Weltmarkt orientierten russischen Großunternehmen (LukOil, Sibirskij Aluminium, Alpha Capital) haben inzwischen in der Tat unternehmerisches Know-how erworben. Allerdings lassen sich bei den großen Beteiligungen nur in Teilbereichen Effekte technologischer Modernisierung feststellen; die von ukrainischer Seite erhoffte Gesamtmodernisierung ließen die rationalen betriebswirtschaftlichen Kriterien der russischen Eigentümer offenbar nicht zu.

Darüber hinaus können wettbewerbspolitische Auswirkungen für die Ukraine wichtig sein. In den Bereichen, wo russische Unternehmen einen hohen Anteil an den in der Ukraine vorhandenen Verarbeitungskapazitäten erworben haben, zeigt sich jedoch, dass entweder die russischen

¹⁶ Vgl. dazu u. a. Lee Branstetter: Is Foreign Direct Investment a Channel of Knowledge Spillovers? Evidence from Japan's FDI in the United States. In: NBER Working Paper 8015, November 2000.

Unternehmen untereinander in starkem Wettbewerb stehen (z. B. in der Erdölverarbeitung)¹⁷ oder die Aktivitäten mehrheitlich auf die internationalen Märkte (Metallurgie) zielen. Die Gefahr eines monopolistischen Verhaltens ist daher dort für die Ukraine gering. Allerdings wird die Tätigkeit der russischen Erdölunternehmen teilweise erheblich durch die Politik der russischen Regierung beeinflusst (starke Schwankungen bei der Erhebung von Abgaben auf Erdöl- und Erdgasexporte, Festlegung von Quoten für den Zugang der Unternehmen zu den Exportpipelines). Insofern besteht ein starkes Interesse der ukrainischen Regierung an der Diversifikation des Rohölbezugs. Diese Überlegung spielt für potentielle westliche Investoren keine Rolle. Für sie ist die Verbesserung der eingangs charakterisierten Investitionsbedingungen in der Ukraine ausschlaggebend. Für den effizientesten Bezug der entsprechenden Inputs sorgen die Investoren jeweils selbst.

Ausblick

Die unlängst zwischen der Ukraine und Russland abgeschlossenen Abkommen deuten darauf hin, dass das russische Interesse auch weiterhin vorrangig auf den Energiesektor zielt. Das betrifft unter anderem das Abkommen über künftige Erdgaslieferungen und ihre Bezahlung (wobei eine begrenzte Kreditierung durch Russland zugesagt wurde) sowie das Abkommen über die Wiederaufnahme des Parallelbetriebs des russischen und ukrainischen Stromnetzes. Zwar wurde 2000 auch ein Abkommen über die engere Kooperation in den Bereichen Rüstungs- und Raumfahrtindustrie unterzeichnet, dessen Wirkung auf die Struktur russischer Direktinvestitionen in der Ukraine ist jedoch bisher nicht erkennbar. Insgesamt konzentrieren sich jedenfalls die russischen Direktinvestitionen bislang nicht auf arbeitsintensive Wirtschaftsbereiche.

Im Rahmen der Bestrebungen der russischen Seite nach einer Begleichung der aufgelaufenen Altschulden der Ukraine durch Vermögenswerte der ukrainischen

Wirtschaft wurde wiederholt das Interesse an Vermögenswerten im Energiesektor, insbesondere an der Transit-Gaspipeline, geäußert.¹⁸ Auch wenn die ukrainische Regierung diesem Wunsch bisher nicht stattgegeben hat, könnte eine Beteiligung russischer Unternehmen (potentielle Lieferanten), möglicherweise gemeinsam mit westlichen Interessenten (potentielle Abnehmer), bei einer Konzessionsvergabe oder Privatisierung der Transitinfrastruktur (z. B. Gastransitpipeline nach Westeuropa) durchaus im Interesse der Ukraine sein, da sie die Position der Ukraine als Transitland stabilisieren würde.

Ukrainische Unternehmen, insbesondere so genannte Oligarchen, besitzen gegenwärtig noch immer ein Interesse an intransparenten und instabilen Investitionsbedingungen, um potentielle Konkurrenten aus dem westlichen Ausland von einer erfolgreichen Teilnahme an Privatisierungsverfahren fernzuhalten. Dies wurde u. a. auch bei der so genannten „kalten“ Privatisierung der Unternehmen der Stromwirtschaft (intransparenter Verkauf von Betriebsvermögen an bestimmte Gläubiger) in diesem Jahr deutlich. Solange dies der Fall ist, gesellen sich zum Kreis von potentiellen ukrainischen Investoren in solchen Bereichen in erheblichem Maße auch finanzkräftige Unternehmen aus dem GUS-Raum, darunter insbesondere aus Russland, die sich von den vorherrschenden Bedingungen bei weitem nicht in dem Maße wie westliche Investoren abschrecken lassen.

¹⁷ Die russischen Erdölkonglomerate, die sich außer Rosneft alle mehrheitlich in Privateigentum befinden, liefern sich auch auf dem russischen Binnenmarkt einen teilweise erbitterten Wettbewerb um Marktanteile im „Downstream“-Geschäft.

¹⁸ Russland ist nach den internationalen Finanzorganisationen der größte Kreditgeber für die Ukraine. Nach offiziellen ukrainischen Angaben beliefen sich die aufgelaufenen Schulden gegenüber Russland per 1. 1. 2001 auf 2,15 Mrd. US-\$ und machten damit 20,8 % der gesamten öffentlichen Auslandsschuld der Ukraine aus. Die öffentliche Verschuldung gegenüber Russland setzte sich aus 1,97 Mrd. US-\$ gegenüber der russischen Regierung und 0,18 Mrd. US-\$ Gazprom Anleihen zusammen (nach Angaben des Finanzministeriums der Ukraine).

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU-Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röllner, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sighelm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.
- Heft 180 **Der deutsche Dienstleistungshandel im internationalen Vergleich.** Von Siegfried Schultz und Christian Weise unter Mitarbeit von Dietmar Schumacher. 151 S. 1999. (3-428-09845-5). DM 140,— / öS 1.022,— / sFr 124,—.
- Heft 181 **Der Dienstleistungssektor in Hamburg — Stand, Verflechtung, Qualifikation und Entwicklungschancen.** Von Martin Gornig, Peter Ring und Reiner Stäglin. 230 S. 1999. (3-428-09901-X). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 182 **Ökonomische Wirkungen der Städtebauförderung in Mecklenburg-Vorpommern.** Von Lorenz Blume (Universität Göttingen), Klaus-Peter Gaulke (DIW) und Josef Rother (GEFAK). Projektleitung: Rolf-Dieter Postlep (DIW). 108 S. 1999. (3-428-09915-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 183 **Unternehmensbezogene Dienstleistungen im Land Brandenburg — Strukturen, Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten.** Von Kurt Geppert. 122 S. 1999. (3-428-09941-9). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 184 **Auswirkungen der weltweiten Konzentration in der Bergbauproduktion auf die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft.** Von Peter Eggert, Alfred Haid, Eberhard Wettig (DIW), Manfred Dahlheimer, Manfred Kruszona, Hermann Wagner (BGR). 398 S. 2000. (3-428-10273-8). DM 198,— / öS 1.145,— / sFr 176,—.
- Heft 185 **Kommunal финанzen und kommunaler Finanzausgleich in Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 164 S. 2000. (3-428-10274-6). DM 148,— / öS 964,— / sFr 131,—.
- Heft 186 **Aktuelle steuerliche Rahmenbedingungen für den privaten Mietwohnungsbau — Wirkungen und Alternativen.** Von Stefan Bach und Bernd Bartholmai. 127 S. 2000. (3-428-10382-3). DM 138,— / sFr 122,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Nr. 168 **E-Commerce — Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hans-Jörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 169 **Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Karl Brenke und Frank Fleischer. 115 S. 2000. (3-428-10233-9). DM 112,— / sFr 99,50.
- Nr. 170 **Geld, Banken und Staat in Sozialismus und Transformation.** Von Mechthild Schrooten. 201 S. 2000. (3-428-10243-6). DM 148,— / sFr 131,—.
- Nr. 171 **Wie entwickeln sich die Gewinne in Deutschland? Gewinnaussagen von Bundesbank und Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung im Vergleich.** Von Bernd Görzig und Claudius Schmidt-Faber. 84 S. 2001. (3-428-10504-4). DM 92,— / sFr 81,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Ulrich Kamecke (kommissarisch), Prof. Dr. Hans-Georg Petersen (kommissarisch), Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Hans-Joachim Ziesing

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann

Öffentliche Haushalte 2001/2002: Rückläufige Investitionen dämpfen steuerliche Impulse

Bearbeitet von Dieter Teichmann und Dieter Vesper

Russische Direktinvestitionen in der Ukraine

Bearbeitet von Petra Opitz

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304